

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

92 (21.4.1920)

Politische Uebersicht.

Ein Kreditabkommen zwischen Deutschland und Holland.

Nach einem Bericht der „Pres. Bz.“ aus dem Haag will die niederländische Regierung bis zum Abschluss des 200-Millionsenkreditabkommens der deutschen Regierung einen Kreditvorschuss von 25 Millionen Gulden gewähren. Die Verhandlungen darüber werden in allererster Zeit zum Abschluss gelangen. Die Anläufe sollen zunächst das Ruhrgebiet zu versorgen. Der Abschluss der Anläufe geschieht von Staat zu Staat unter Ausschluss von Privatfirmen, so daß wucherische Aufschläge, wie diese zum Nachteil des deutschen Volkes leider häufig stattfinden, ausgeschlossen sind.

Für den Anlauf sind vorgesehen:
5400 Tonnen im Besitz der niederländischen Regierung befindliches Getreide,
5000 Tonnen niederländisches Getreide,
60 000 Hekt. Gerste,
2000 Tonnen Kaffee, Datteln, Nüsse, im Werte von 2 660 000 Gulden sowie für 7,12 Millionen Gulden Lebensmittel niederländischer und niederländisch-indischer Herkunft.

Das Kreditabkommen wird bekanntlich zerfallen in einen Kredit für Rohstoffe von 60 Millionen und einen Kredit für Lebensmittel von 140 Millionen. Deutschland verpflichtet sich, monatlich 90 000 Tonnen Kohle an Holland zum Weltmarktpreise zu liefern, also etwa 60 Gulden, während der Preis für Kohle ohne dieses Abkommen 75 Gulden betragen würde. 25 Prozent des Kaufpreises der Kohle dient zur Abtragung der Lebensmittelkredite. Der Rest steht Deutschland zur freien Verfügung. Der Anlauf der Rohstoffe und der Export der Fertigfabrikate kann in jeder beliebigen Lage durch jede beliebige Firma bestehen.

Als im Januar der Rohstoffunterzeichnet worden war, erhob Frankreich wegen der vorgesehene Kohlenlieferung Einspruch. Vertreter der niederländischen Regierung verhandelten darauf in Paris in dieser Angelegenheit und legten die Sache der Wiederherstellungskommission vor. Von dieser wurde die niederländische Regierung erlucht, Vertreter nach Paris zu entsenden. Diese befinden sich augenblicklich dort.

Die Hoffnung, daß der Vertrag zustande kommt, ist durch das französische Vorgehen und durch die Gewaltmaßnahmen, die zur Erfüllung des Friedensvertrages in der Entente-Druckerei angewendet wurden, stark gedämpft. Schließlich würde sich ein Einspruch der Entente gegen das Abkommen auch gegen Holland selbst richten, das in seinem Streben nach guten Handelsbeziehungen mit Deutschland durch dieses Auftreten der Entente sehr geschädigt wird.

Die Sozialisierungs-Kommission.

In dem Abkommen zwischen den Gewerkschaftszentralen und der Regierung war auch die Forderung erhoben und gebilligt worden, baldmöglichst mit der Sozialisierung der dazu reifen Betriebe zu beginnen.

Infolgedessen hat die Regierung seit unmittelbar nach dem Abkommen die erforderlichen Schritte getan, um eine Kommission zu bilden, um die Möglichkeit der Sozialisierung einzelner Industrien zu prüfen. Sie wandte sich zur Durchführung der ungeheuren Aufgaben, welche die Sozialisierungs-Kommission zu erfüllen haben wird, an die Mitglieder der 1919 berufenen Sozialisierungs-Kommission, die in zahlreichen Sitzungen sich Monate hindurch mit den Fragen einer

Bergesellschaftung gewisser Industriezweige beschäftigt hat, deren sehr umfangreiche Arbeiten jedoch bis heute der Öffentlichkeit leider noch nicht zugänglich gemacht worden sind. Soweit es sich bis jetzt übersehen läßt, werden die Mitglieder der alten Sozialisierungs-Kommission bis auf einige wenige, wieder ihre Amt übernehmen.

Obwohl eine Bekämpfung der einzelnen Mitglieder der Kommission durch das Kabinett noch nicht erfolgt ist, läßt sich jedoch mit Wahrscheinlichkeit annehmen, daß man auch hervorragende Mitglieder des Handels und der Industrie zu den Sitzungen der aus 30 Personen bestehenden Sozialisierungs-Kommission, hinzuziehen wird. Wie verlautet, ist jedoch in den letzten Sitzungen der bisherigen Kommission beschlossen worden, als Vertreter der Unternehmer u. a. Friedrich v. Siemens, Melchior, Walter Rathenau und Krüger hinzuzuziehen. Als Wissenschaftler dürfte noch M. Weber berufen werden. Weiterhin dürften Professor Lindemann, Oberpräsident Schwander und Adolf Braun-Nürnberg in die Kommission hineinkommen.

Auch die Gewerkschaften werden eine Anzahl Vertreter in diese Körperschaft entsenden. Es werden von der Gewerkschaftskommission aller Wahrscheinlichkeit nach die Herren Cohn und Wisell, von der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände

Herr Kaufmann delegiert werden. Auch die Birsch-Dunderschen und Christlichen Verbände werden in der Sozialisierungs-Kommission vertreten sein, doch ist bis jetzt noch nicht bekannt, wer für diese Arbeiterverbände erscheinen wird. In den nächsten Tagen wird die neue Sozialisierungs-Kommission unter dem Vorsitz Rautskys zusammentreten.

Schutz der Parlamente.

Der Nationalversammlung ist ein vom Reichstag bereits angenommener Gesetzentwurf zugegangen, wonach in noch zu bestimmendem Umkreis der Parlamentsgebäude Versammlungen unter freiem Himmel nicht stattfinden dürfen.

In der Begründung wird erklärt, die Ereignisse des 13. Januar hätten gezeigt, daß das geltende Recht nicht ausreicht, um diese Gebäude vor Ansammlungen zu schützen, die in ihrem Verlaufe zu Störungen der Arbeiten der Volksvertretungen führen können. Vor einer solchen Gefahr muß die Vertretung des Volkes unter allen Umständen geschützt werden.

Das Recht ausländischer Staaten schützt die Parlamente in ähnlicher Weise, wie dieser Entwurf vorseht. Vor den Toren des englischen Parlamentsgebäudes ist eine Versammlung von mehr als 50 Personen innerlich einer englischen Weite verboten. Das französische Recht bestrafte jeden, der einen Aufruf zum Zweck der Erörterung der Zusammenstellung oder Ueberbringung einer Petition einer Erklärung oder eines Aufrufs an eine der beiden Kammern veranlaßt.

Gegen die Volkswahl des Reichspräsidenten.

Unter vorstehender Ueberschrift habe ich in Nr. 70 des „Volksfreund“ und in den anderen wöchentlichen Parteiorganen die schweren Bedenken gegen die Volkswahl des Reichspräsidenten dargelegt, welche sich aus der jetzigen Formulierung der Bestimmungen der Reichsverfassung ergeben und habe einer alsbaldigen Abänderung der Reichsverfassung in der Richtung das Wort geredet, daß die Wahl des Reichspräsidenten dem Reichstag übertragen werde.

Um mich zu vergegenwärtigen, wie der berufenste Interpret des Erfurter Programms, Karl Rautsky, dessen Schüler aus den Jahren vor dem Kriege wir doch alle sind, über diese Frage urteilt, habe ich unter Uebersendung des „Volksfreund“-Artikels bei ihm angefragt und von ihm wörtlich folgende vom 15. April datierte Antwort erhalten:

„Ich habe mich bisher über die Präsidentenfrage nicht geäußert. Late ich es, so könnte ich nur wiederholen, was Sie in Ihrem Artikel im „Volksfreund“ schreiben, dem ich in jedem Punkte zustimme.“

Auch ich sehe in der Volkswahl des Präsidenten eine große Gefahr. Soll es überhaupt einen Präsidenten geben, dann ist seine Erwählung durch das Parlament immer noch ungesünder als die Befeldigung eines einzelnen Mannes durch Volksentscheid mit einer Würde, die ihn über die Volksvertretung erhebt. Sie weisen mit Recht darauf hin, daß sich ein Land mit so fest eingewurzelter Demokratie und ohne jede militärische Macht und Tradition wie die Vereinigten Staaten eine derartige Institution eher erlauben kann. Indes auch in den Vereinigten Staaten kann sich gelegentlich die Macht des Präsidenten gegenüber der Volksvertretung als Uebel und Quelle von Konflikten erweisen, wie die jüngsten Erfahrungen mit Wilson beweisen.

Am besten wäre es, man verzichtet auf das Wahlverfahren, wie es in der Schweiz, Baden, Deutsch-Oesterreich der Fall ist.

Wenn es Ihnen wünschenswert erscheint, können Sie von diesen Äußerungen jeden beliebigen Gebrauch machen.“

Es dürfte nochmals befragt zu werden sein, ob nicht unsere Parteigenossen die Abänderung der Wahlbestimmungen in der Reichsverfassung herbeiführen wollen, ehe es zu spät ist.
Karlsruhe, den 19. April 1920.

Dr. Dieß, Stadtrat.

Enorme Erhöhung der Postgebühren.

40 Pfennig Briefporto. — Erhöhung der Fernspreckgebühren um 100 Prozent.

In der öffentlichen Sitzung des Reichsrats wurden die neuen Postgebühren und Bestimmungen angenommen. Der braunschweigische Gesandte v. Roben berichtete über die Verhandlungen der Ausschüsse. Er wies auf das ungeheure Defizit der Postverwaltung hin, das für 1919 1 1/2 Milliarden Mark betrug und für 1920 auf 2 1/2 Milliarden Mark geschätzt werde. Würden die Beschlüsse des Unterausschusses der Nationalversammlung zur Postreform Gesetz, so würde sich das Defizit für 1920 vielleicht auf drei Milliarden Mark steigern. Die Ursache des Defizits liege nicht etwa in dem Nachlassen des Verkehrs,

der im Gegenteil in allen Zweigen, insbesondere im Fernverkehr und im Fernpostwesen so gestiegen sei, daß es kaum bewältigt werden könne, sondern in der Steigerung der Materialpreise und vor allem auch in der geradezu übermäßigen Steigerung der Personalausgaben.

Angeht dieser Sachlage sei die Erhöhung der Tarife eine unabwendbare Notwendigkeit. Die Ausschüsse sind übereinstimmend der Ansicht gewesen, daß eine Sanierung der Finanzen der Post nur dann zu erreichen wäre, wenn neben diesen Erhöhungen der Gebühren eine zielbetonte und programmatische Einschränkung der gesamten Ausgaben auf verhältnismäßig borgenommen würde. Trotz der Erhöhungen würde aber auch immer noch ein Defizit von mindestens einer Milliarde ungedeckt bleiben.

Das Porto für Postkarten soll auf 30 Pfennig erhöht werden, für einfache Briefe auf 40 und für Briefe bis 250 Gramm auf 60 Pfennig. Die Sätze für Drucksachen, Geschäftsbriefe und Warenproben sind verdoppelt. Auch die Paketgebühren, die Postanweisungsgebühren und die Gebühren für Zeitungen sind erheblich erhöht worden. Für Telegramme ist der Unterschied zwischen Orts- und Ferntelegrammen beseitigt, die Wortgebühr ist auf 20 Pfennig festgesetzt und die Mindestgebühr für ein Telegramm auf 2 Mark. Die Fernspreckgebühren sind durchweg eine Erhöhung um 100 Prozent, bei ganz großen Anlagen nach demselben Maßstab. Die Ausschüsse haben sich auch über Fernsprecknetze ein besonderes Kapitalvermögen in Höhe von 1000 Mark für jeden Hauptanschluß und von 200 Mark für jeden Nebenanschluß festsetzen soll.

Weiter wurde angenommen eine Uenderung des Postgesetzes dahin, daß der bisherige Ertrag von 8.4 für das Postwesen gegebener Sendungen auf 10 Mark erhöht wird. Sämtliche neuen Postgesetze und Verordnungen sollen am 1. Mai in Kraft treten.

Der Reichstag stimmte dem Gesetzentwurf zu über den Uebergang der Post- und Telegraphenverwaltungen Bayerns und Württembergs an das Reich. Bayern erhält für die Uebernahme seiner eigenen Postverwaltung vom Reich 620 Millionen und Württemberg 250 Millionen. Außerdem sind beiden Staaten gewisse Konzeptionen auf organisatorischem Gebiet für die Zusammenfassung der Behörden zugestanden worden.

Die pfälzischen Gemeindevahlen.

* Letzte Sonntag fanden in der bestellten Reihenfolge die Gemeindevahlen statt, die, soweit sich bis jetzt übersehen läßt, ein bemerkenswertes Bild ergeben. Wie im Hinblick auf die gereizte Stimmung wegen der Lebensmittelpreise nicht anders zu erwarten war, erzielten die oppositionellen Parteien die meisten Stimmen. Die äußerste Rechte und die äußerste Linke haben einen Erfolg errungen, um den man sie aber angesichts der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten, mit denen besonders die Pfalz zu kämpfen hat, nicht zu hoch werden braucht. Die beiden Außenpole sollen nun beweisen, daß sie es besser machen können, wie die bis jetzt beauftragten Parteien. In Ludwigshafen, wo die Unabhängigen die gleiche Mandatsstärke erhalten haben, wie die alte Sozialdemokratische Partei, und mit ihr eine Mehrheit darstellten, werden die U. S. P. nach den gemachten Erfahrungen in anderen Städten, in denen sie starken Einfluß haben, zeigen, daß sie entweder eine völlig unfruchtbare Politik treiben, oder auf ihre Tiraden, mit denen sie die Wähler gefüttert haben, verzichten müssen.

Im Einzelnen sind folgende Resultate bekannt:
Ludwigshafen: Sozialdemokratische Partei 1919 Stimmen (12 Mandate), Unabhängige 9274 Stimmen (13 Mandate), Demokraten 8285 Stimmen (4 Mandate), Deutsche Volkspartei 4140 Stimmen (5 Mandate), Zentrum 5715 Stimmen (7 Mandate).

Speyer: Sozialdemokraten 9, Unabhängige 5, Deutsche Volkspartei 4, Deutsche Demokratische Partei 4, Zentrum 8 Sitze.

Frankenthal: Mehrheitssozialisten 12, die Unabhängigen 4, das Zentrum 5, die Demokraten 3, die Bürgerliche Vereinigung 1, die Deutsche Volkspartei 3, selbständige Handwerker- und Säugereim für Handel und Gewerbe 2 Sitze.

Neustadt: Demokraten 7, Deutsche Volkspartei 5, Zentrum 5, Sozialdemokratische Partei 8, U. S. P. 2 und der Gewerkschaftsbund 2 Sitze.

Landau: Deutsche Volkspartei 9, Zentrum 8, Sozialdemokratische Partei 6, Demokraten 5 und Westwärts 2 Sitze.

Kaiserslautern: U. S. P. 12, die Sozialdemokratische Partei 7, Zentrum 6, D. D. P. 6 und D. P. P. 9 Sitze.

Firmasens: U. S. P. 8, die D. P. P. 7, die D. D. P., das Zentrum und die Mehrheitssozialisten je 5 Sitze.

Väter und Söhne.

Nomach von Iwan Turgenjeff.

Paul Petrovitch zog seine schöne Hand mit den langen rosenroten Nägeln aus der Hosentasche, eine Hand, deren Schönheit noch erhöht wurde durch schneeweiße, am Handgelenk von einem großen Opal zusammengehaltene Manschetten — und hielt sie seinem Neffen hin. Nachdem vorläufig das europäische „Gute-morgen“ ausgetauscht war, gab er ihm nach russischer Weise drei Küsse, das heißt, er streifte ihm dreimal mit seinem parfumierten Schnurrbart die Wangen und sagte: „Sei willkommen!“

Nikolaus Petrovitch stellte ihm Vasaroff vor. Paul neigte ein wenig seinen geschmeidigen Oberkörper und lächelte flüchtig, bot ihm aber die Hand nicht dar — er steckte sie wieder in die Hosentasche.

„Ich glaube schon, ihr würdet heute nicht mehr kommen“, sagte er mit einer Kopfstimme von angenehmer Klangfarbe, indem er sich annützig wiegte, die Lehnen empor zog und seine weißen Zähne zeigte. „Ist euch unterwegs vielleicht etwas begegnet?“

„Begegnet ist uns nichts“, erwiderte Arkadi. „Wir haben uns nur nicht sehr beeilt, das ist alles. Dafür haben wir aber auch einen wahren Wollschlinger mitgebracht. Laß Profositsch sich ein wenig spulen, Papa; ich bin im Augenblick wieder da.“

„Wart, ich gehe mit“, rief Vasaroff und stand plötzlich vom Sofa auf.

Die beiden jungen Leute entfernten sich.

„Was ist das?“ fragte Paul Petrovitch.

„Ein Freund von Arkascha — ein sehr intelligenter junger Mann, wie er sagt.“

„Weißt er einige Zeit hier?“

„Ja.“

„Dieser zottige Durche?“

„Ja freilich.“

Paul Petrovitch trommelte leise mit den Nägeln auf dem Tische.

„Ich finde, daß Arkadi — fest degourdi“, sagte er. „Es freut mich, daß er zurückgekehrt ist.“

Bei Tische wurde wenig gesprochen. Namentlich Vasaroff sagte so gut wie nichts; dagegen ob er um so fleißiger. Nikolaus Petrovitch erzählte mehrere Anekdoten aus seinem Farmerleben, wie er es nannte; sprach von den bevorstehenden Regierungsmahregeln, von den Komitees und Deputationen behufs Aufhebung der Leibeigenschaft, von der Notwendigkeit, Maschinen einzuführen usw. Paul Petrovitch ging langsam im Zimmer auf und nieder (er ob nie zu Abend), nippte von Zeit zu Zeit aus einem kleinen mit Rotwein gefüllten Glase, und ließ sich von Arkadi ein Wortchen oder vielmehr einen Ausruf vernehmen, wie: „Ah! ol hml!“

Arkadi teilte einige Neuigkeiten aus Petersburg mit, aber er empfand eine gewisse Verlegenheit — jene Verlegenheit, die sich des jungen Mannes zu bemächtigen pflegt, der, soeben der Kindheit entwachsen, an den Ort zurückkehrt, wo man genötigt war, ihn als Kind zu betrachten und zu behandeln. Er zog seine Erzählungen unwillkürlich in die Länge, vermißte das Wort „Papa“ und ließ sich sogar einfallen, es gelegentlich mit „Water“ zu vertauschen, das er freilich nur durch die Zähne murrte; er schenkte sich mit affektierter Gleichgültigkeit viel mehr Wein ein, als er selbst wollte und hielt sich dann auch verpflichtet, ihn ganz auszutrinken.

Profositsch wachte kein Auge von ihm und bewegte unruhig die Lippen, wie wenn er etwas „are.“

Sobald das Pfendessen zu Ende war, trennte man sich. „Nun das ein er schneller Haus, dein Onkel!“ rief Vasaroff, der sich im Chaisrot neben Arkadis Weil gerichtet hatte und eine kurze Weile rannte. „Eine solche Eleganz auf dem Rende! Es ist in der Tat imponierend! Und dann seine Nägel, seine Nägel! Man könnte sie auf die Ausstellung schicken!“

„Bedenke doch“, versetzte Arkadi, „daß er seiner Zeit ein Löwe gewesen! Ich werde dir seine Geschichte gelegentlich erzählen. Er war ein schöner Mann, der allen Frauen den Kopf verdrehte.“

„Ah, liegt es da! Er lebt also im Geiste noch in der guten alten Zeit. Leider sind hier keine Eroberungen zu machen! Ich konnte nicht müde werden, ihn zu betrachten. Welch wunderbaren Vatermörder! Man sollt' meinen, sie wären aus Petrovitch.“ Und wie schön sein Glas rosiert ist! Arkadi Nikolaus, weißt du auch, daß das alles herzlich lächerlich ist?“

„Das befreite ich nicht, aber trotzdem ist er ein vortrefflicher Mensch.“

„Ein künstlicher Hund für einen Archäologen! Aber dein Water ist ein braver Mann. Nur sollte er das Versehen bleiben lassen, und von der Landwirtschaft muß er nicht viel verstehen; des ungeachtet ist er ein guter Kerl.“

„Mein Water ist ein ganz ausgezeichneter Mann.“

„Hast du bemerkt, wie er verlegen war? Ganz schicklich!“

Arkadi erhob den Kopf, wie um zu beweisen, daß er jedenfalls nicht schicklich sei.

„Es sind in der Tat wunderbare Leute, die romantischen Glaubwörter!“, fuhr Vasaroff fort. „Sie geben ihrem Nervensystem eine solche Ausbildung, daß ihnen das Gleichgewicht verloren geht. Indes, wir müssen zu Bett gehen. Ich habe zwar in meinem Zimmer ein englisches Waschbecken, aber die Tür schließt nicht. Doch darüber darf unereins sich nicht aufhalten — das englische Waschbecken ist jedenfalls ein Fortschritt!“

Vasaroff ging in sein Zimmer und Arkadi empfand plötzlich ein mächtiges Gefühl des Wohlbehagens: es ist so süß, unter dem väterlichen Dache zu schlafen, in dem wohlbekannten Bette, unter der Decke, welche von feuern Händen genäht ist, vielleicht von denen der guten Wärterin — jenen liebevollen unermüdbaren Händen, die uns in der Kindheit leiteten. Arkadi gedachte seiner Wärterin Zegorotona und wünschte ihr das himmlische Paradies. Für sich selbst betete er nicht.

(Fortsetzung folgt.)

Bildung einer zuverlässigen republikanischen Truppe.

Aufstellung der neuen Truppe bei Berlin.

Zur Abwehr der reaktionären Putzgefahr hat sich die Regierung zu einer sehr beachtlichen Maßnahme entschlossen: In der nächsten Nähe von Berlin wird ein größerer Truppenteil neu aufgestellt, der aus unbedingt republikanisch zuverlässigen Elementen zusammengesetzt werden soll. Zur Bildung dieses Truppenteils werden die besten Elemente der Reichswehr herangezogen, zu ihnen sollen sich der organisierten Arbeiterschaft entsprechende Elemente sowie Führer und Unterführer von unbedingt republikanischer Treue gesellen. Besondere Sorgfalt wird der Auswahl des Offiziersmaterials zugewendet, in erster Linie werden republikanisch organisierte Offiziere herangezogen, die sich zu diesem Zweck zur Verfügung stellen.

Dieser Schritt hat sowohl die allgrößte praktische, wie prinzipielle Bedeutung. Prinzipiell bedeutet er, daß die Regierung die Methode der „Entpolitisierung der Reichswehr“ preisgibt, die sich unter den gegenwärtigen praktischen Verhältnissen für die reaktionäre Führerschaft nur als ein Mittel erwiesen hat, die Reichswehr von solchen Elementen zu säubern, die dem Putzschuß rechtlich widerstreben. Wenn jetzt nicht mehr wahllos eingerechnet wird, wer keine Dienste anbietet, und wenn ein Treueproben von mehr als zweifelsfreiem Wert nach den Erfahrungen des 18. März nicht mehr als genügende Sicherheit angesehen werden, sondern die wirkliche Gesinnung der Einzelpersonen in Betracht gezogen wird, so ist dieses der richtige Weg zu der in erster Linie notwendigen Republikanisierung der Reichswehr, die jeder Entpolitisierung vorzuziehen muß. Die Regierung wird nach diesem Schritt auch nicht mehr umhin können, die republikanischen Organisationsorgane offiziell anzuerkennen, deren Ziel keineswegs die Disziplinierung von Politik in die Reichswehr bildet, sondern die Festhaltung der Reichswehr auf dem Boden der heutigen Verfassung und die Abwehr jedweder putschistischen Bestrebungen. Denn die Regierung kann natürlich nicht auf der einen Seite im Sinne

dieser Organisationen und mit ihrer direkten Unterstützung arbeiten, auf der anderen Seite aber noch Verordnungen in Kraft belassen, die reaktionären Offizieren eine willkommene Handhabe zur Verfolgung und Unterdrückung dieser Organisationen bieten.

Nicht minder bedeutsam ist die praktische Seite des Schrittes. Der Uebermut, den die Reaktionäre trotz dem Mißlingen ihres Putzschußes noch zur Schau tragen, rührt nicht zuletzt daher, daß sie genau wissen, daß die Regierung bisher über keinen zuverlässigen Truppenteil verfügte, welcher sie in Stand gesetzt hätte, die militärische Forderung mit Gewalt niederzuschlagen. Dies ist auch der Grund, warum z. B. die Entlassung der Marinebrigade Ehrhardt auf solche Schwierigkeiten stieß. So lange bei jedem Truppenteil, der zur gewalttätigen Durchführung dieser Entlassung aufgegeben wird, befürchtet werden muß, daß er mit den Reuterern gemeinsame Sache macht oder doch zum mindesten die von der Regierung gegebenen Befehle in irgendeiner Weise umgeht, so lange kann die Reaktion sich stark und sicher fühlen.

Das wird anders werden mit dem Augenblick, in dem die Regierung eine zuverlässige Kerntruppe in oder bei Berlin besitzt, auf deren Gehorsam sie sich auch verlassen kann, wenn es gegen rechts geht. Damit erhält die Regierung eine ganz andere Autorität, damit ist sie in den Stand gesetzt, ihren Befehlen Nachdruck zu erzwingen.

Die Reinerichtung einer republikanisch zuverlässigen Truppenteils ist daher eine Angelegenheit von der weittragendsten politischen Bedeutung. Er nimmt die Bedrohung von dem Volke, die es jetzt noch dauernd über seinem Haupt fühlt. Deshalb muß auch verlangt werden, daß mit der Durchführung des Planes keine Minute gespart wird, daß alles getan wird, um ihn sobald als möglich zur Wirklichkeit werden zu lassen. Tage können hier entscheidend sein.

Es folgt die erste Beratung eines Gesetzes über die Befriedung des Reichstagsgebäudes und der Landtagsgebäude.

Abg. Cohen (N.S.): Meine Partei bewirft dieses Gesetz Reichsminister Bunn tritt für das Gesetz ein.
Abg. Krüger (Soz.): Das Parlament muß geschützt werden gegen Gewaltakte der Massen.
Das Gesetz wird in zweiter Lesung erledigt.
Es folgt die zweite Lesung eines Gesetzes über Patent- und Gebrauchsmuster.

Der Gesetzentwurf wird ohne erhebliche Debatte angenommen.
Es folgt die erste Lesung eines Gesetzentwurfes über Telegramm- und Fernsprechtgebühren

in Verbindung mit dem Gesetzentwurf über Postgebühren im bayerischen und württembergischen Postregal.
Reichspostminister Giesberts: Die Verhältnisse haben sich so gestaltet und so ungünstig entwickelt, besonders hat sich unsere Saluta so vergrößert, daß die letzten Erhöhungen der Gebühren nicht einmal ausreichen. Das Defizit ist auf 1344 Millionen Mark gestiegen. Für 1920 ist ein Fehlbetrag von 380 Millionen Mark veranschlagt. Ich erwarte von der Arbeitsfähigkeit unseres Volkes immer noch eine Besserung und ein Steigen der Saluta. Inzwischen aber hat die Förderung der Eisenbahnen ihre Auswirkung auf die Reichspostverwaltung geübt. Werden diese Förderungen bewilligt, so wächst das Defizit auf 1450 Millionen. Sparmaßregeln und Sozialpolitik widerstreben sich manchmal. Neue Sparmaßnahmen sollen geschaffen werden. Das Reklamewesen soll in großem Maßstabe benutzt und in eigene Regie genommen werden. Sehr umstritten ist die Abgabe von 1000 M der Speditionsabonnenten an die Postverwaltung. Es muß aber bedacht werden, daß während des ganzen Krieges keine Reparaturen gemacht werden konnten. Das nötige Geld dazu in den ordentlichen Etat einzustellen, würde noch größere Mittel erfordern. Die Uebernahme der bayerischen und württembergischen Post ist ohne größere Schwierigkeit bewerkstelligt worden. Die Vorlage bedeutet eine Mehrbelastung unseres Wirtschaftslebens. Aber dies ist notwendig.
Die Gesetze werden an den Hausparlamenten zur Beratung verwiesen, mit Ausnahme jener über das bayerische und württembergische Regal, das an den Ober-Ausschuß verwiesen wird.
Morgen 1 Uhr Interpellation über Durchgangsverkehr nach Ostpreußen. Schluß nach 5 Uhr.

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 20. April.

Nach Erledigung verschiedener Anfragen folgt die Interpellation über die Kreise Eupen und Malmédy gestellt von allen Parteien mit Ausnahme der Unabhängigen.
Abg. Weersfeld (Soz.) begründet die Interpellation. Ein Teil unseres Volkes soll vernachlässigt werden. Die Alliierten machen das fiese Verbrechen der Abkündigung zu einer Tugend, die mit unerbittlicher Brutalität in Szene gesetzt wird. Die belgischen Behörden arbeiten mit den größten Vorzügen gegen die treudeutsche Bevölkerung. Die Bahn im Kreis Malmédy wird von den Belgieren beansprucht, womit reindeutsche Gebiete unter die Kontrolle der belgischen Behörden fallen. Gegen diesen Rechts- und Vertragsbruch der belgischen Behörden müssen die Nationalversammlung und die Regierung einschreiten. Eupen hat nur 70 belgische Einwohner und Malmédy ist zu über zwei Dritteln deutsch. Der größte Teil der Wallonen will gar nicht zu Belgien. Es ist eine grausame Verhöhnung des Gedebes von der Selbstbestimmung was im Kreis Eupen, Malmédy getrieben wird. Wir rufen das Bewußtsein der Menschheit gegen diese Vergeßlichkeit auf. Im Kreis Malmédy wohnt nur eine einzige belgische Familie. Von dem ist im Friedensvertrag überhaupt nicht die Rede. Von der Regierung erwarten wir folgende Maßnahmen. (Seh. Weisf.)
Reichsminister des Inneren Kaefer:
Wenn es etwas gibt, was geeignet ist, die Parteien des Bundes zusammenzuführen, dann ist es der Wille auf die Kämpfe, die unsere deutschen Brüder an der Grenze aufgetragen worden sind. Ich habe ein Jahr lang in diesen Kämpfen gestanden. Alle diese Abkündigungen hätten mir vielleicht mit dem Kopfe, niemals aber mit dem Herzen durchgedrungen, schon, weil dabei überall die Frage, ob deutsch, ob belgisch oder polnisch überliefert wird von wirtschaftlichen Rücksichten. In den Kreisen Eupen und Malmédy ist die Lage außerordentlich ernst. Die Erregung greift auch auf die benachbarten Gebiete über. Die Bedeutung der Sache ist mehr als lokal. Beide Kreise sind deutsch und wirtschaftlich aufs engste mit Deutschland verbunden. Eine Resolution hat es dort

niemals gegeben. Auch in Belgien hat man vor dem Waffenstillstand nie von einer Annexion des Kreises gesprochen. Das deutsche Sprachgebiet erstreckt sich über die Kreise weit nach Belgien hinein. Die Wallonen Malmédys marschieren in der Treue für Deutschland an der Spitze. Die Belier wollen die Kreise zu einem belgischen Geschäftsbereich stampeln. Die Abkündigung kann kaum als eine solche bezeichnet werden. Die belgischen Behörden haben nicht einmal den Schein gewahrt. Die Listen lagen nur in den Hauptstädten Malmédy auf. Dem für Deutschland Stimmenden werden die Lebensmittelfaktoren entzogen. Clemenceau hatte erklärt, die Abkündigung werde unter peinlicher Aufsichtnahme auf die Freiheit des Einzelnen erfolgen. Die deutsche Regierung hat starken Protest erhoben. Die Alliierten haben geantwortet mit Umkehrung unserer Beschwerden, der Völkerverbund werde darüber wachen. Eine neue deutsche Note vom Dezember dieses Jahres hat eine weitere vom 3. April bezeichnet das belgische Verhalten als ein Bruch des Friedensvertrages und fordert die Kontrolle der belgischen Behörden durch den Völkerverbund. Die Regierung hofft, daß dieser Appell nicht ungehört verhallt. Weitere Maßnahmen sind in Vorbereitung. Auch von dieser Stelle aus lege ich Versicherung ein gegen die Vergeßlichkeit der deutschen Bevölkerung. Die Regierung ist sich ihrer Pflicht wohl bewußt. Sie betrachtet es als ihre Grenzpflicht, für die Bevölkerung einzutreten. Bezüglich des Kreises Malmédy hat die Kommission ihre Befugnisse größtlich und wirksam ausgedehnt. Wir betrachten diesen Vorgang als Vertrags- und rechtsunwürdig und sind bereit, diese Frage einem Schiedsgericht zu übergeben. Ich schließe mit der Versicherung, daß die Regierung alles getan hat und tun wird, um eine rechtliche Abkündigung herbeizuführen, um die Grenzfestsetzung, wie sie geplant wird, hinfanzuhalten. Der Völkerverbund wird nicht umhin können, die Kreise dahin zu weisen, wohin sie gehören: nach Deutschland. (Weisf.)
Präsident Hehenbach: Ich stelle fest, daß das Haus einmütig hinter die Begründung und der Beantwortung der Interpellation steht. (Zuruf bei den Unabhängigen.) Wir sprechen den Brüdern in der Westmar unsere warmste Sympathie aus.

Berlin, 20. April. Der Verfassungsausschuß der Nationalversammlung nahm heute endlich die Reichstagswahlvorlage an, ebenso den Gesetzentwurf über die Wahl des Reichspräsidenten. Der Gesetzentwurf über die Volksentscheidung und die Vorlage über den Staatsgerichtshof sollen nach übereinstimmender Auffassung des Ausschusses dem neuen Reichstag zur Erledigung vorbehalten bleiben. Die zweite Lesung der Wahlvorlage und des Gesetzes über die Wahl des Reichspräsidenten findet in der Nationalversammlung am Donnerstag statt.

Indische Politik.

Staatsvoranschlag 1920.

Der Aufwands des Landtags ist im Staatsvoranschlag mit 1.033.300 M. beziffert, wovon 940.000 M. fächerlicher Aufwand und der Rest persönliche Ausgaben für Beamte, Stenographen, Schreibhilfskräfte usw. sind, jedoch man sagen muß, daß der Landtag sowohl an seinem Apparat wie an sich selbst — die Diäten sind den heutigen Verhältnissen entsprechend reichlich niedrig, so daß die Ausübung eines Mandats kaum mehr möglich — eine kaum mehr durchführbare Sparmaßnahme wälten ließe. Wie uns der Staatsvoranschlag weiter zeigt, beträgt das Gehalt eines indischen Ministers samt Dienstzulage 18.000 M., wozu noch die für alle Staatsbeamten und Staatsangestellten gleichmäßige Feuerungszulage kommt. Im Volke wird diese lächerlich geringe Bezahlung mehr als Verwunderung erregen; denn dem Staatswohl ist nicht gedient, wenn man seine obersten Organe in dieser Weise entlohnt. Die Ausgabe von 83.370 M. für das Geheimministerium ist weggefallen. Die indische Gesandtschaft in Berlin erfordert 90.000 M. Auch hier möchten wir einer qualitativen Verbesserung sowie einem Ausbau das Wort reden. Die heutigen Verhältnisse sind vor allem die Zentralisation in Berlin lassen es wichtig erscheinen, die dortige Gesandtschaft entsprechend auszubauen, damit haben nicht allzusehr unter die Räder kommt.

Die „sozialisierte“ Familie.

Eine nachdenkliche Geschichte von Th. Thomas.

Bei Gottlieb Steigerwald ging es heute erregt her. Mund um den Tisch, auf dem vor wenigen Minuten noch eine große Schüssel Rotterbentel stand, der inzwischen größtenteils verschunden, saßen Steigerwald, seine Frau und sechs Kinder. Sie ergriffen sich durch heftige Reden über die Sozialisierung der Kreise. Besonders Fritz und Käthe, die Schneidlerin, zankten sich betriebe desweges. In Fritzens Werkstatt, wo sich große Streitigkeiten den ganzen Tag mit spitzen Worten hin und her politisch herhob, hörte er das Wort hundertmal durch die Luft schweben. Eine richtige Vorstellung konnte er sich aber bei diesem Wirren Durcheinander der Ansichten doch nicht machen. Bei Käthe war es noch um einige Striche trüber bestellt. Nun erhofften sie Aufklärung durch den Vater. Der steckte eine volle Gabel nach der anderen bedächtig unter seinen Schnurrbart, ohne sich zunächst an der Auseinandersetzung zu beteiligen; nur so nebenbei bemerkte er:
„Das mit der Sozialisierung ist nichts Neues; ihr seid doch selber so eine Art Sozialisierungskommission.“
Sieben Mäuler stellten auf einmal das Rauhen ein und vierzehn Augen sahen ihn erkaunt an.
„Ja, guck nur. Ihr habt uns kunstgerecht und gründlich sozialisiert, so daß sich die Regierung ein Beispiel an euch nehmen könnte.“
„Aber, Vater, du bist unfähig, wie sollen wir denn... nee, du reißt wieder mal Witze.“
„Gar keine Witze, Fritz.“ Gottlieb wuschte mit der Hand über die Stirn und machte sich mit seinem Bart zu schaffen. Die Kinder stürzten auf ihn ein, sich zu erklären, wieso sie „so was wären.“
„Bist mal auf! Sozialisieren heißt: alles arbeitet für den Staat und der Staat sorgt für uns alle; es heißt: die vorhandenen Werte müßten gesellschaftliches Eigentum und ihre Ausnutzung so eingerichtet werden, daß alle Volksgenossen gleichmäßig davon haben.“
„Aber, was hat denn das mit uns zu tun?“
„Sei nicht so doreilig, Käthe. Wir sind hier unter uns ein Staat im Kleinen.“
„Schöner Staat“, wandte die Mutter ein, du möchtest wohl gerne Präsident werden?“
„Weil ich schon!“ lachte der Vater.
„Oho, du, wo du doch Gottlieb heißt. Präsident Gottlieb kann man doch nicht gut sagen, aber wie ich „Fritz.“
„Galt de Luft an, Fritz, sonst machieren meine freiwilligen Hilfskorps auf.“ Vater Steigerwald zeigte seine zehn Finger, deren jeder einzelne ein Dreiflügel war. Dann steckte er sich eine Pfeife an und wiederholte: „Also wir sind ein Staat, wir

suchen auch gesellschaftliche Werte, unsere Einrichtung, unsere Rasse, unsere Werkzeuge. Freilich sind das nicht Produktionsmittel im üblichen Sinne, aber für uns sind sie es in gewisser Hinsicht doch, heute sollen sie es einmal sein.“
„Was sah sich in der Stube um, von dieser Seite hatten sie ihre paar Bräder noch nicht betrachtet.“
„Nun ruf mal auf! Wenn jeder von uns seinen Teil einfach an sich nehmen würde um für sich Geschäfte zu machen, so würden wir anderen dabei zu kurz kommen. Aber wir tun das nicht, jeder von uns arbeitet für die Familie und die Familie als Ganzes für uns.“
„Hier“, er wies auf die Mutter, „sitzt unsere Finanzministerin, die alles vom Volk bekommt und im Laufe der Woche wieder zurückgibt, was wir brauchen.“
„Mutter, was sagste nun, geld, da biste hoff“ fragte Käthe.
„Ich sag bloß: Vater ist so komisch.“
„Komisch findste das? Was würdest du sagen, wenn die Käthe einfach nichts mehr schaffen wollte, wenn sie an diese Nähmaschine, an deine Nähmaschine, den Kurt und die Marie setzte, denen das Schneidern lernte und von ihnen so viel verdiente daß sie nichts mehr zu machen brauchte, daß die beiden für sie arbeiten müßten?“
„Ich iät das faule Mensch rauschmeißen; aber wie du redest, Gottlieb, das is doch was anderes, seine eigenen Geschwister ausnutzen.“
„Du bist du aber komisch, alte Dame. Sind wir nicht alle Brüder und Schwestern. Findste das nicht ebenso häßlich, wenn sich jemand tausend Maschinen kauft, damit tausend Geschwestern oder Brüder für sich schneiden läßt, Geld ansammelt und dafür immer neue Menschen schulten müssen, statt es der Gesellschaft zu geben?“
„Mutter, eben biste geliefert“, nahm nun Fritz das Wort. „Mir ist nur noch nicht klar, was das mit der Sozialisierung zu tun hat. Das könnte doch auch eine Genossenschaft machen: Gottlieb Steigerwald, G. m. b. H.“
„So ganz halte da auch nicht unecht; geistig werden wir so eine Art große Genossenschaft sein; genossenschaftlicher Zusammenschluß ist so freiwilliger Sozialismus. Nur werden dann nicht fünf oder sechs Prozent bekommen, sondern bessere Schulen, Feuerversicherungen, schönere Verkehrsverbindungen, Altersheimen, höhere Renten usw.“
„Wieso sind wir aber eine sozialisierte Familie?“ rief Anni.
„Weil wir untereinander schon immer das gleiche getan haben, was wir jetzt vom Staat verlangen. Jeder von euch hat gearbeitet und alle seine Kräfte dem Staat, also uns, zur Verfügung gestellt. Wir haben wieder für euch gesorgt. Keiner ist eigentlich unter uns, der sich auf Kosten der anderen ernährt.“
„Doch, die Hilde.“
„Na, das ist ein Kind von elf Jahren. Für die Jugend,

die Alten, Schwachen und Kranken, die Erwerbsbeschränkten zu sorgen, ist natürlich Pflicht der Gesamtheit, wie wir lange für meine Mutter gesorgt haben. Dafür übernimmt die Jugend später die Kosten mit, und die Alten haben es früher getan. Dies ist gerade mit ein Zweck, warum wir sozialisieren wollen.“
„Ueberhaupt hat Vater recht“, warf die Mutter dazwischen, „wie haben uns die Kinder verhalten!“ Kein Süd, kein Lappen, keine Hofe, die von euch nicht kurz und klein getragen worden ist. Von Vater auf Fritz, von dem auf Kurt, oder von mir auf Käthe, von der auf die Marie.“
„Na, da habst ihr's!“ Steigerwald senior schmunzelte.
„Eben hatte richtig gepiffen, Mutter. So soll's im Haushalt des Staates auch sein. Jeder muß für den anderen sorgen, durch seine Arbeit zum Ganzen beitragen. Dann kommt's soweit im Staat, wie in einer guten Familie im Kleinen: die Arbeit wird die Quelle des Wohlstandes. Sie soll von einer Lebenslast zur Lebenslust werden. Au, wie wird euch, Sozialisierungsmitglieber, he?“
„Wir dämmert's langsam auf in der Zwickelbrühe“, bemerkte Fritz.
„Stehst! Und wenn ich vorhin sagte, ihr habt uns gründlich sozialisiert, dann guck euch nur in der Stube um: rattenhaft habt ihr uns getroffen. Aber das schadet nichts; alle sind satt geworden. Hätt jeder von uns sein Geld für sich verbraucht und nur die Weine unter den Tisch gesteckt, hätte ich meinen Verdienst verjubelt, vertrunken, verrückt und verpielt, dann müßtet ihr betteln gehen, wie drüben Schulkes. Bei uns ist es ein sozialisierter Staat, bei Schulkes nicht. Das is der Schiedsrichter.“
„Vater, du bist goldig. Komm her, ich geb dir einen Schnaps“, sagte Käthe und warf vor Freude die Bluse weg, an der sie nähte.
„Gib ihn der Mutter als Dank für ihr staatsmännisches Talent; sie kann sich einbilden, es wär' das Verdienstkreuz.“
„Wenn ich morgen wieder auf Arbeit komm', denen werde ich aber in die Suppe spucken. Weißt du, Vater, was die sich unter Sozialisierung denken? Daß jeder seinen Teil bekommt und...“
„Und in acht Tagen fertig damit ist“, unterbrach ihn der Alte. „Nee, so ist das nicht. Der Arbeiter hat Vorteile davon, gewiß, aber als Glied der Gesellschaft. Wir wollen die Klasse haben und damit den einzelnen. Das ist der Sinn der Sozialisierung, nichts anderes.“
Damit stand Vater auf.
Fritz warf sich in die Brust und sagte: „Und nun, Mutter, wenn ich dir wieder 35 Emachen auf den Tisch lege, dann weißt du: das sind Staatsgelder.“
„Ich weiß, ich weiß“, lachte die Mutter, „ihr seid doch auch meine Staatskinder...“

Vom Vorschlag des Finanzministeriums.
 Beim Vorschlag 1920 des Finanzministeriums ist vor allem beachtenswert der Wegfall der direkten Einkommensteuer, die an das Reich übergeht, wofür Baden, aus der nunmehrigen Reichseinkommensteuer entschädigt wird. Diefür werden 180 076 000 M. in den Etat eingestellt, wozu an Landessteuern vom Grundvermögen und Gewerbebetrieb 13 000 000 M. kommen. An weiteren Einnahmen kommen in Betracht vor allem 2 975 230 M. aus dem Salinenbetrieb, 3 271 600 M. Ergebnis der landwirtschaftlichen Grundstücke, 805 320 M. Anteil am Ertrag der Kurgaststättenwirtschaft. An Holz verzeichnet der Vorschlag eine Einnahme mit 82 567 200 M. Sporteln u. s. f. mit 1 186 320 M.; Hundstagen mit 575 800 M.; die Fleischsteuer mit 855 850 M. auf der Einnahmeseite. Die vom Reich zu rückergütete Entschädigung für die Weinsteuer beträgt 2 100 000 M. für die Biersteuer 1 600 000 M., für Grundsteuer, Lehrsteuer 3 056 500 M., für die Erbschafts- und Schenkungssteuer 2 897 100 M., für die Zuwachssteuer 282 230 M. Die Gesamteinnahmen des Finanzministeriums betragen nach dem Vorschlag 284 579 810 M. gegen bisher 243 807 900 M. Unter den außerordentlichen Ausgaben nehmen die Teuerungszuschüsse für Beamte, Bedienstete und Lehrer mit 56 300 000 M. sowie die Teuerungszuschüsse an Ruhegehaltsempfänger und Hinterbliebene mit 6 750 000 M. die erste Stelle ein.

Ein neuer Fall Kunz.

Die „Freiburger Tagespost“ berichtet über einen neuen „Fall Kunz“. Danach soll ein katholischer Lehrer Fischer in Obermünsterthal (Amt Staufen) vor einigen Wochen aus der katholischen Kirche ausgetreten sein, und sich seitdem geweiht haben, den Kindern seiner Schule reiner Religionsunterricht zu erteilen. Wie das genannte Blatt weiter meldet, hat der Lehrer sich der Sekte der Bibelforscher angeschlossen, und betrachtet es als seine Aufgabe, von Hof zu Hof, von Familie zu Familie zu gehen, um Befehrsbesuche anzustellen. Die Bewohner der ausschließlich katholischen Gemeinde haben sich mit einem Bittgesuch an das Kultusministerium gewandt, worin sie anführen, daß sie lt. Schulgesetz Anspruch auf einen katholischen Lehrer hätten. Es wird in der Eingabe dann noch die Überführung des Lehrers Fischer gefordert, und in Aussicht gestellt, falls ihrem Wunsche nicht nachgegeben werde, würden sie ihre Kinder nicht mehr zur Schule schicken. Wir sind wirklich neugierig, wie sich das Kultusministerium in diesem Fall stellen wird.

Erhöhung der Zuständigkeit der Gemeindegerichte.

Von den Abg. Gen. Marzloff u. Gen. Wundt dem Landtag folgender Antrag eingebracht: Der badische Landtag wolle beschließen, das Justizministerium zu beauftragen, alsbald eine Verordnung zu erlassen, wonach die Zuständigkeit der Gemeindegerichte bis zu einem Streitwert von 300 M. ausgedehnt wird.

Aus der Partei.

Bezirkskonferenz des Bezirks Karlsruh.

Am Freitag, 19. April. Letzten Sonntag, 18. April, fand im Gasthaus zum „Anker“ eine gut besuchte Konferenz des Bezirks Karlsruh (ohne Murgtal) statt. Der Bezirksvorsitzende Genosse Meller, Karlsruh, eröffnete und leitete die Konferenz. Vertreten waren die Mitgliedschaften Durmersheim, Würmersheim, Elchesheim, Vietingheim, Niederbühl, Karlsruh, Ottersdorf, Pfiltersdorf, Pfingstheim und Sandweier. Nicht vertreten waren die Mitgliedschaften Neuenal und Muggensturm. Die Tagesordnung war folgende: 1. Stellungnahme zur bevorstehenden Reichstagswahl, 2. Aufstellung der Kandidaten hierzu. 3. Flugblattverbreitung. Da von Seiten des Kreisvorstandes leider niemand erschienen war, übernahm Genosse Meller das Referat zum 1. Punkt: „Die bevorstehenden Reichstagswahlen.“ Der Redner legte in etwa einfündigen Vorträge die Wichtigkeit zum bevorstehenden Wahlkampf dar und hob besonders darauf ab, daß ein Zusammengehen mit der U. S. P. in kommenden Wahlkampf von unsinnig wäre. Man könnte, wenn auf beiden Seiten der Wille vorhanden ist, sich sehr wohl auf einen gewissen Anteil einigen, um den Kampf für das gesamte Proletariat freier durchzuführen. Am Schluß seiner Rede betonte Gen. Meller, daß es Pflicht aller Parteimitglieder sei, am Wahlkampf regen Anteil zu nehmen und insbesondere durch freiwillige Beiträge den Wahlkampf zu stärken. In der Diskussion beteiligten sich die Genossen Bögel, Neufelder und Müller-Red. Sie vertraten alle den Standpunkt, daß die

Politik der Partei entschieden mehr nach links gehen muß. Wir den öfter reaktionären Elementen in der Reichswehr müsse endlich aufgetaucht werden; auch wird von unseren Genossen in der Regierung verlangt, daß sie ihre Nachgiebigkeitspolitik gegenüber den bürgerlichen Vertretern im Ministerium aufgeben müssen, wenn unsere sozialistischen Grundzüge wirklich verwirklicht werden sollen. Es dürfen nur Kandidaten für die Reichstagswahl aufgestellt werden, die auch für diese Forderungen eintreten. Genosse Meller ging in seinem Schlußwort auf die Ausführungen des näheren ein und betonte, daß es ein Fehler wäre, aus Berührung im Wahlkampf seine Pflicht nicht zu tun, denn damit würde man unserer Partei sowie der gesamten Arbeiterschaft den allergrößten Dienst erweisen.

Bei Punkt 2. Aufstellung der Kandidaten, wurde Genosse Müller-Red. Vietingheim einstimmig als Kandidat für den Bezirk Karlsruh nominiert. — Zu Punkt 3. Flugblattverbreitung, wurde der Bezirksvorstand einstimmig beauftragt, die Vorarbeiten für die Wahl schnell und selbstständig zu treffen; die einzelnen Mitgliedschaften verpflichten sich, den Beschlüssen über Einteilung der Wahlarbeiten nachzukommen. Ferner wurde noch beschlossen, in nächster Zeit eine Gemeindevereinerkonferenz abzuhalten, die in Durmersheim stattfinden soll. Um 1/2 Uhr konnte der Vorsitzende Genosse Meller mit der Aufforderung, nunmehr an die Arbeit zu gehen, die schön und frohlich verlaufene Konferenz schließen.

Gemeindepolitik.

1. Fleischnot und Schächten. Nach den „Karlsruher Nachrichten“ ist in dem Dorfe Kirchen, das zu einem Drittel von israelitischer Bevölkerung bewohnt wird, ein interessanter politischer Kampf mit konfessionellem Beigeschmack ausgebrochen. Auf Antrag der Landwirte Kirchens, die sich weigern, Vieh zu der nach jüdischem Ritus vorgezeichneten Schächtung abzugeben, hat der Gemeinderat beim Bezirksamt Lörrach die Aufhebung der Schächtung beantragt. Zur Begründung wird angeführt, daß die Schächtung eine unnütze Tierquälerei, ferner eine unwirtschaftliche Verschwendung des Blutes sei, da dasselbe durch die eigentümliche Schächtart des Schächters verdirben werde. Die Entscheidung über Weiterbestehen oder Aufhebung des Schächters ist jetzt dem Landeskommissar in Freiburg unterbreitet. In den vergangenen Wochen ist infolge der Haltung der Landwirte nur Fleisch ausgewogen worden, daß auf die gewöhnliche Schlachtart (vorheriger Betäubung des Tieres) genommen wurde. Dagegen hat die israelitische Wohnerschaft Einsprüche erhoben. Der Ausgang dieses gemeindepolitischen Kampfes kann vielleicht von prinzipieller Bedeutung werden.

*** Mühlweiler, Amt Wiltzingen, 20. April.** Zum Bürgermeister unserer Gemeinde wurde beim zweiten Wahlgang Baubeamter Friedrich Fleig gewählt.

Bauarbeiter-Genossenschaft „Selbsthilfe“ in Karlsruhe.

Ein Vierteljahr ist verflossen, seit der Gründungsverammlung der Genossenschaft, bei der etwa ein halbes Duzend Mitglieder ihren Beitritt erklärten. Für den damals gewählten Vorstand und Ausschussrat hat dieses Vierteljahr mancherlei Sorgen und natürlich auch viel Arbeit gebracht, die aber gerne gelistet worden ist in dem Bewußtsein, einer Sache zu dienen, die für die Befreiung der Arbeit von weit größerer Bedeutung ist, als alle noch so schönen Reden über Sozialisierung im Sozialismus, denn mit der Gründung der Genossenschaft ist der erste Schritt getan, um aus dem Nebel der Theorie in die klare Wirklichkeit der Praxis einzutreten. Wenn wir heute vor die Karlsruher Arbeiterstadt treten, so deshalb weil wir sagen können, daß die vorbereitenden Maßnahmen als abgeschlossen gelten können und die Genossenschaft nun bereit und in der Lage ist, mit der praktischen Arbeit in größerem Umfang zu beginnen. Ein Lagerplatz in günstiger Lage ist beschaffen, Gerüstmateriale ist beschafft und ein tüchtiger Geschäftsführer in der Person des Herrn Architekten Rudolph angeheiratet worden. Ein Bau ist bereits vor einigen Wochen in Angriff genommen worden, ein weiterer wird im Laufe dieser Woche begonnen werden. Die bei der Genossenschaft bereits in Arbeit stehenden Mitglieder haben jetzt schon gezeigt, daß sie die Idee, die uns trieb, begriffen haben und der neuen Anfang unseres Unternehmens berechtigt zu den schönsten Hoffnungen, wenn — die Arbeiterstadt des Baugewerbes mit gutem Herzen uns beist. Wir unterschätzen nicht

die finanziellen Schwierigkeiten die zu überwinden sind, aber wir sind zum großen Teil schon behoben — ohne private Geldgeber in Anspruch nehmen zu müssen — und werden sich im selben Verhältnis verringern, in dem die Arbeiterschaft Karlsruhs und ihre Sympathie zuwendet. Das zu erreichen ist der Zweck dieser Zeilen. Die Angehörigen des Baugewerbes sollen die Genossenschaft unterstützen, indem sie ihr als Mitglieder beitreten. Zwar hat sich die Zahl der Genossen seit der Gründung nahezu verdoppelt, aber jeder wird zugeben, daß sie in keinem Verhältnis sind zu der Stärke der gewerkschaftlichen Organisation am Ort. Die Genossen müssen deshalb in erster Linie ihre Anstrengungen auf die Gewinnung neuer Mitglieder richten, denn mit jeder Neuaufnahme wird die wirtschaftliche und moralische Position der Genossenschaft verstärkt. Und weiterhin müssen wir fragen: Haben nur die Maurer und Hilfsarbeiter, die Gipser und Zementure Sympathie an unserer Sache? Wir haben doch in unserem Statut klar ausgesprochen, daß wir alle Hand- und Kopfarbeiter des Baugewerbes in unseren Reihen haben wollen, ja sogar haben müssen, wenn wir unser großes Ziel erreichen wollen. Haben die Zimmerleute und Dachdecker, die Steinmeger und Bläser, die Maler und Glaser kein Interesse an dem Bestehen eines Hauptvereins tüchtiger Männer, sich frei zu machen von der Ausbeutung durch Dritte? Und wollen die Kopfarbeiter des Baugewerbes auch auf diesem Gebiet getrennt marschieren von den Handarbeitern. Oder wollen alle die hier genannten Vereine besondere Genossenschaften gründen, anstatt alle Kräfte zusammenzufassen zu einem einheitlichen und kraftvollen Vorgehen? An die übrige Arbeiterschaft aber richten wir den Appell, uns tatkräftig dadurch zu unterstützen, indem sie überall da, wo sie mitzubestimmen hat, dafür eintritt, daß der Genossenschaft Arbeit übertragen wird. Und dazu sind die Arbeiter heute vielfach in der Lage. Je mehr Arbeit wir auszuführen, desto größerer Einfluß können wir ausüben auf den Gesamtverlauf des Baugewerbes. Es handelt sich dabei nicht allein um die Preisbildung, sondern in erhöhtem Maße noch um andere Punkte, auf die einzugehen heute noch keine Veranlassung besteht. Jeder aufrichtig sozialistisch denkende Mensch muß der Genossenschaft seine Interaktion zufommen lassen, denn sie ist unabweislich eines der wirksamsten Mittel, um unsern Idealen einer gerechten Verteilung der Erdengüter näher zu kommen.

Aus dem Lande.

1. Ulm. Wie in anderen Orten, so fand auch bei uns am letzten Sonntag die Begrüßung der Kriegsgesangenen statt. Schon seit einigen Monaten waren auf Anregung der Gemeindegemeinschaft sämtliche Vorstände der hiesigen Vereine mit der Arrangierung dieser Feier beauftragt. In einem unbefugten Eingriff der Gemeindebehörde zur Begrüßung scheiterte die Abhaltung der gemeinsamen Feier im geplanten Sinne. Ein Teil der bürgerlichen Vereine verweigerte ihre Mitwirkung. Jetzt was nun? „Abgehalten wird die Feier“, war die Parole. Das neugegründete Kartell der freien Vereine übernahm die Veranstaltung auf eigene Faust. In anerkannter Weise — sagte der Gefangenen „Eintracht“ seine Mitwirkung an. An rascher Arbeit, Opferwilligkeit an Zeit und Geld fehlte es nicht, um unseren Kriegsgesangenen einen feierlichen Besuchstag zu sichern. Am mittigen fand ein gemeinschaftliches Essen der Gefangenen im Gasthaus zur „Traube“ statt, dessen Kosten der Wirt übernahm, während Fabrikant Herr Württemberg für das erforderliche Getränke aufkam. Neben Spenden sei an dieser Stelle herzlich gedankt. Punkt 2. Uld. Ich setze mich der ihmofante Festzug in Bewegung. Voran unsere bunten Adler und eine Abteilung der früheren Grenadiertapelle spielte ihre heiteren Melodien. Die eigentliche Feier spielte sich im Rathsaal ab und bestand aus Gesang, Feitrede und turnerischen Aufführungen. Der Vorstand des Kartells, Gen. Adolf Bohner, begrüßte die Gefangenen und übrigen Teilnehmer. Der Gefangenverein „Eintracht“ und Arbeitervereingebirge „Freundschaft“ hatten das Lied „Ewig liebe Heimat“ im Gesamtsatz vorgelesen. Genosse Wilhelm Bohner gedachte in seiner Feitrede der Wirkungen des Krieges auf den Menschen und den Staat. Die Schülerrundtänze mit Unterstützung der altiden Turner waren nur musterghltige Aufführungen. Nach abwechselnden Liebesvorträgen fand die Feier ihren Abschluß. Allen Mitwirkenden und denen, die zum Gelingen der Feier beitrugen, besonders aber dem Gefangenverein „Eintracht“, sei auf das beste gedankt. Eine gemütliche Unterhaltung und Tanz im „Erbspringen“ und der „Traube“ bildeten den Schluß der herrlich verlaufenen Feier.

Vor kurzem veranstaltete der Karlsruher Liebertranz in der Festhalle ein bestworbeneres, in seinem Verlauf wohlgeklungenes Konzert. Heinrich Kassirer, der feinsinnige Musiker und Begleiter, führte seinen Chor sicher und überlegen. Das trefflich gewählte Programm war ein reiches Frühjahrsfest, dem Inhalt der Beiträge nach, die denn auch in frühlinghafter Frische und Reinheit erklangen. Natur- und Heimatlieder erfreuten den entzückten Hörer. Die Volkslieder in den vorzüglichen Bearbeitungen von Jurech, Wolfram und Keuert hatten in ihrer frischen Natürlichkeit den größten Erfolg. Mit ihrer jugendfrischen wellreinen Stimme sang Edith Sajib Lieder von Schubert und Schumann, mit denen sie nicht zuletzt durch die reife Liebererfahrung ihres Vortrags reichenden Beifall erntete. Margarete Schwicker, die bekannte und gefächte Violonistin spielte mit überlegenem Künstlerföhl eines ihrer Meisterstücke, die Romanze in F von Beethoven und erntete mit dankbaren kleineren Virtuosenföhlen entsprechende Beifall.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Die Karlsruher Konzertwoche.

Am Freitag fand der Pianist Prof. Friedberg einen beachtenswert leeren Künstlerhausaal. Das ist für die Karlsruher unjünglich bezeichnender als Friedberg in der ersten Reihe der lebenden Klavierpieler und auch Lehrer steht. Er ist ein Musiker von Geist mit weitestgehendem Können. Er spielt unsere Klassiker und tritt mit Erfolg für die Modernen (Meyer, Debussy) ein. Sein diesmaltiger Abend gehörte Chopin; er kennt den Weg, der in Chopin wahre Heimat, ins Traumland der Poesie führt. Er weiß ihn zu besetzen und den Hörer mitzuführen durch all die wunderbaren Täler und Hügel mit ihren gespenstischen Gestalten, die die Chopinische Musik in heldenartiger Farbenpracht erleben läßt. Doch ohne Gefühlsüberwältigungswilligkeit ist das Spiel Friedbergs, leichtbeweglich sein Temperament, elfenhaft beidseitig der Akkord seines Vortrags. Die Klänge des vertrauten Klaviers sind von gleich eindringlicher Wirkung wie das fröhliche, frische Forte. Alles ist emporgetragen durch die Wärme der Empfindung zum letzten Nacherleben des Künstlers, das sich mit suggestiver, Straft auf die wenigen Zuhörer übertrug.

Am Montag konnte man zwei Tänzerinnen von Gottes Gnaden bewundern: Jutta von Collande und Roswita Hoffmann, Mitglieder der Münchener Tanzgruppe. Die Letztergenannte: herauschend jung, von prächtigem Körperbau. Die andere: überhoh, feinsinnig, geistvoll; musikalisch ist in die Fingerpieler. Dann sei eins hervorgehoben: Viele der zeitlichstigen, auf Tanzbetonen beruhenden Damen können „alles“ tanzen: Meyer, Beethoven, Söpe aus Sinfonien, Entden, Kralluden — es kommt nicht drauf an. Nicht so diese beiden; für sie ist es — wie für jeden mit dem vorchristlichmähigen Verstand Begabten, selbstverständlich, die Tänzerin soll Tänze tanzen. Aber in diese Tänze legen sie etwas hinein. Was für ein geistvolles, musikalisch vollausgewertetes Stück war der Schalksnarranz aus dem 16. Jahrhundert! Wohl das Beste, was der hochintelligente Künstlerin an diesem Abend zeigte. Wie entzückend war schon Roswita nach der Kreislerischen Musik. Wenn Roswita einen Walzer tanzt, so mag man an den Traum einer Liebe denken — wenn einen nicht ihre berückende Jugendfrische in die volle Menschlichkeit zurückdrängt. Doch auch erstem Gegenstand vermag sie lebendige Form zu geben, wie der Delphische Tanz von Debussy zeigte. — Ein Abend, an dem man einmal wieder eine ehrlche Freude an Tanz haben konnte. Die beiden Künstlerinnen mögen bald wieder kommen; sie finden gewiß einen vollen Saal. Man muß unsere Interessenten nur zu interessieren juchen.

Der Dienstag brachte das Fische-Quartett aus Berlin. Überausend ist der, nach dem es benannt ist: Adolf Buchner. Der Dienstag ließ sich das Landes-Sinfonie-Orchester für Platz und Saalraum im Eintrachtssaal hören. Die 65 Musiker die sich hier zumangewandten haben, sind bestens aufeinander eingestellt. Die letzten Klangwirkungen jedoch entziehen sich ihnen. Nun mag ja als beinträchtiges Moment die für große Orchesteraufführung ungeeignete akustische Aufnahme-fähigkeit des Eintrachtssaales hinzukommen. Von den drei Werken, die zur Aufführung kamen, zeigte die Rhapsodie über die „Romeo und Julia“ von Tschaiwowski viele Einzelstückenheiten; in der Melodie vor allem. Doch das Ganze gibt sich allzu bombastisch und zu sehr mächtig gewollt, während das Letzte fest und nur ein formal interessanter Vergleich mit der Diktion der Tristanmusik den Hörer für einen Augenblick zu festeln vermag. Ungleich tüchtiger, poetischer und musikalisch bewundernswürdig war das anschließende Klavierkonzert des gleichen Komponisten. Hier war echte Musik, ursprünglich in dem Sinn und der von Orchester und Klavier oft von beiderseitigen Klangwirkungen. Alfred Hoenz, wieder tüchtig gefeiert und zur Deingabe aufgeleht, gab eine prächtvolle Interpretation, gleich hineinreichend in der Macht des Ausdruckes wie in poetischer Ausdeutung, die den zweiten Satz auf eine leichte Höhe führte. „Maletchowsky“ nennt sich eine Orchesterkomposition von Heinrich Horn, die den Abend abschloß und von Orchester, das in Ludwig Muth einen liebevollen Leiter besitzt, mit Hingabe gespielt wurde. Ein Drama, das mehr oder weniger originell amnutenbe Sätze sind dabei, das Ganze ist in ein reichlich farbiges und gefärbtes Gewand getaucht. Groß war der Beifall; er galt zumeist der Kapelle.

Das Genialische zieht an: der Eintrachtssaal war bei dem jetzt abnehmenden Konzertinteresse gut besucht. Es gab einmal wieder Klänge aus einer anderen Welt zu hören. Schöne Berlen der Kammermusikliteratur hatten die Vier mitgebracht! Schubert, Söphn, Beethoven. In ihrer unmittelbaren Wirkung sprachen die Meister zum Hörer. Schubert, der beiseitene, herliche Sänger, haben der mehr Fremde als Frohe und gar nicht so Philisterrische, als den man ihn gern einzustellen beliebt; es wäre einmal an der Zeit, sich über die Tiefe der schubertischen Kunst wirklich Rechenschaft abzulegen. Und dann Beethoven mit dem „E-moll-Quartett!“ Hier kam die ganze Leistungskraft des Klangkörpers zumausgeniß zum Ausdruck, und doch konnte man hier an wenigsten sich des Eindruckes erwehren, als ob bei aller Durchdringung des Vortrags doch das Zusammenstehen der überwindende Persönlichkeit voraus, der, ein Meister des Ausdrucks, unter den Lebenden der Form die meisten Zuhörer zugeständnisse macht. Das bringt sein unendlich befeeltes Spiel dem Hörer besonders nahe und hier ist auch der Punkt, wo er seinen Mitpielern zumeist entgegenkommt, die in einzelnen künstlerisch vollkommen auf der ersten Stufe stehen: Karl Reich (2. Geige), Emil Bohle (Viola) und Paul Grummer (Cello). Die Aufnahme war entzückend.

Am Mittwoch ließ sich das Landes-Sinfonie-Orchester für Platz und Saalraum im Eintrachtssaal hören. Die 65 Musiker die sich hier zumangewandten haben, sind bestens aufeinander eingestellt. Die letzten Klangwirkungen jedoch entziehen sich ihnen. Nun mag ja als beinträchtiges Moment die für große Orchesteraufführung ungeeignete akustische Aufnahme-fähigkeit des Eintrachtssaales hinzukommen. Von den drei Werken, die zur Aufführung kamen, zeigte die Rhapsodie über die „Romeo und Julia“ von Tschaiwowski viele Einzelstückenheiten; in der Melodie vor allem. Doch das Ganze gibt sich allzu bombastisch und zu sehr mächtig gewollt, während das Letzte fest und nur ein formal interessanter Vergleich mit der Diktion der Tristanmusik den Hörer für einen Augenblick zu festeln vermag. Ungleich tüchtiger, poetischer und musikalisch bewundernswürdig war das anschließende Klavierkonzert des gleichen Komponisten. Hier war echte Musik, ursprünglich in dem Sinn und der von Orchester und Klavier oft von beiderseitigen Klangwirkungen. Alfred Hoenz, wieder tüchtig gefeiert und zur Deingabe aufgeleht, gab eine prächtvolle Interpretation, gleich hineinreichend in der Macht des Ausdruckes wie in poetischer Ausdeutung, die den zweiten Satz auf eine leichte Höhe führte. „Maletchowsky“ nennt sich eine Orchesterkomposition von Heinrich Horn, die den Abend abschloß und von Orchester, das in Ludwig Muth einen liebevollen Leiter besitzt, mit Hingabe gespielt wurde. Ein Drama, das mehr oder weniger originell amnutenbe Sätze sind dabei, das Ganze ist in ein reichlich farbiges und gefärbtes Gewand getaucht. Groß war der Beifall; er galt zumeist der Kapelle.

Das vollständige Sinfoniekonzert des Landestheater-orchesters am letzten Freitag kann als eines der gelungensten überhaupt bezeichnet werden. Alfred Lorenz hat sich mit ihm wieder ein Verdienst erworben, das ihm nicht genug gedacht werden kann. Die Musikerkunstigkeit des Orchesters, eines der erstklassigsten weit und breit und unter einer überlegenden Persönlichkeit zum höchsten Berufen, war diesmal wieder von merkllicher Größe. Das zeigte schon die taufische Wiedergabe der wunderbar poetischen Oberon-ouvertüre mit ihrem jauchenden Schluß. Die dritte Sinfonie Robert Schumanns nahm die Mitte des Abends ein und fand eine Verleichenbung, der nicht genug Lob gesagt werden kann. Wie sein waren die Bläserpartien (1. Satz!) herausgerichtet, wie lebte alles in der beschwingten Melodie, wie getragen erklang der dritte Satz! Die Preludes von Liszt mit ihren trotz, aller durch das gezettelte Motto beinträchtigen Programmatis, strahlenden Schönheiten, schlossen den auch im Versuch diesmal mehr als die andern vollständigsten Abend-konzerttag ab. Zwei Solisten erster Ordnung wirkten: Edith Sajib mit der großen, entscheidenden Arie aus „Der Wiber-spenitigen Böhmerin“ von Göp. In der dramatischen Belebung wie in der gefanglichen Durchführung gleich hervorragend, dankte ihr das Publikum durch reichen Beifall, nachdem es sie schon, wie den ersten Solo aufstretenden Josef Peischer freudig begrüßt hatte. Das Violonkonzert in g von Bruch spielte Peischer. Es gibt eine schöne Sage, wonach Seiten jener Harten, deren Klang die maurische Alhambra durchzitterten, sich auf der Geige Paganinis wiederfinden dürften. Und wenn wir diesen Kunststrophes symbolisch ausschöpfen, ist es uns als spiele Josef Peischer ebenfalls auf jenen Harberaiten; in andere Worte können und wollen wir unsern Bericht nicht schließen.

Grödenheim, 20. April. Gegen den Genossen Görtle wird in letzter Zeit eine in jeder Hinsicht unberechtigte Hetze getrieben wegen des Falles bei der Festverteilung der Verurteilung derjenigen Leute, auch derjenigen in der Partei, die meinen, daß trotz erfolgter Aufklärung des Falles etwas an dem Gen. Görtle als dem Verantwortlichen hängen bleibe, ja hiermit nochmals darauf hingewiesen, daß in der Unterstellung durch den Staatsanwalt ausdrücklich festgestellt worden ist, daß die Geschäftsführung des Vereinders in keiner Weise belastet ist, insbesondere aber auch, daß ihm weder Schmiergeld angeboten wurde, noch er solch's erhalten hat. Es möge sich das Jeder merken, da Gen. Görtle weder Veranlassung noch Lust hat, in dieser Sache Wort zu ergreifen.

Heidelberg, 20. April. Dem Wiener Jugendamt lief, dem Heidelberger Tagblatt zufolge, heute morgen folgendes Telegramm ein: Anhebung des Kinderzuges wegen Eisenbahnstreiks unmöglich. Transport auf einige Tage verschoben. Neuer Termin wird telegraphisch bekannt gegeben. — Das kriegs Erziehungsmittel erhält die Drahtnachricht, daß 1200 Doppelzentner Getreidemehl von der Reichsgetreidekasse aus norddeutschen Mühlen ihm zugewiesen wurden und 700 Doppelzentner bereits unterwegs sind.

Freiburg, 20. April. Hier wird am Bahnhof ein großes Gollant errichtet, das zur Abweidung des Zollverkehrs zwischen Deutschland und Frankreich in Betrieb genommen werden soll, jedoch der Passiererei zwischen Baden und dem Elz wieder in Tätigkeit tritt. — Außer den etlichen Flüchtlingen haben neuerdings in der Gollant ehemaligen Kaiser der Kavallerie etwa 250 aus der Gollant zurückgekehrte deutsch-schweizerische Wehrkräfte Unterkunft bezogen, die hier auf die Genehmigung zur Einreise in die Schweiz warten.

Recht b. Schwabingen, 20. April. Zum zweiten Mal innerhalb kurzer Zeit wurde unsere Gemeinde durch Großfeuer heimgesucht, das das Anwesen des Landwirts Friedr. Gredel fast völlig einäscherte.

Wannheim, 20. April. In Rheinheim wurde nachts die katholische Kirche erbrochen und das Tabernakel geraubt. Die Diebe schleppten den Tabernakel in den nahen Wald, wo sie ihn erdrückten. Wertvolle Gegenstände befinden sich aber nicht darin; sie wurden an anderer Stelle verwahrt. Die Diebe sind noch nicht erlitten.

Die Anlieferung von Saatartoffeln hat sich in der letzten Zeit gebessert. Es sieht zu erwarten, daß die bestellten Saatartoffeln zum größten Teil, wenn nicht vielleicht vollständig, geliefert werden dürfen.

Landeskongress der Krankenkassenverwaltungen.

Die Freie Vereinigung badiischer Krankenkassen hatte am Montag nachmittag die Massenversammlungen und die Geschäftsführer zu einer dringenden Besprechung nach Karlsruhe einberufen, um zu der neuen Verordnung über die Heraushebung des Grundlohnes und die Erweiterung der Versicherungsgrenze bis zu 20.000 M. (für die Angestellten) Stellung zu nehmen. Es waren über 100 Vertreter aus allen Landesteilen erschienen. Die Verhandlungen leitete der Vorsitzende der Vereinigung B. Hof, Karlsruhe, und konnte derselbe in seinen einleitenden Worten darauf hinweisen, daß ein dringendes Bedürfnis für die letzte Reform vorzulegen habe, soweit die Erhöhung der Grundlohne für die Versicherten im allgemeinen in Betracht käme, daß aber die Versicherungsgrenze für die Angestellten nicht unbedingt die Summe von 20.000 M. hätte erreichen müssen. Der Geschäftsleiter der Vereinigung Sigismund Karlsruhe berichtete hierauf über den Verlauf der vor wenigen Tagen in Berlin stattgefundenen Reichskongress und über den Inhalt der neuen Verordnung. Nach derselben können die Organe der Kassen — Vorstand und Ausschuss — den Grundlohn (bisheriger Höchstbetrag 10 M.) nunmehr in unbegrenzter Höhe festlegen. Die Festsetzung der Kassen bedarf jedoch der Genehmigung des Oberversicherungsamtes.

Die Konferenz einigte sich dahin, die neue Gestaltung der Lohnstufen und der Grundlohne möglichst einheitlich durchzuführen. Eine Beschränkung nach oben soll den Kassen nicht gegeben werden. Dagegen einigte man sich dahin, den Ankauf der Lohnstufen derart vorzunehmen, daß die unteren 6 Klassen mit einer Spannung von je 2 M. die folgenden 6 mit einer solchen von je 3 M. und die nächsten 3 mit einer Spanne von je 5 M. gebildet werden. Hierdurch könnten 15 Lohnstufen mit einem Grundlohn von 45 M. wirksam werden, wobei als Grundlohn jeweils die Mitte der Lohnstufen zu gelten hätte. Dieser Vorschlag wurde gegen wenige Stimmen angenommen, welche die obere Grenze der Lohnstufe als Grundlohn wünschten.

Durch § 5 der eingangs erwähnten Verordnung wird die Versicherungsgrenze für die in § 165 A.B.O. Ziffer 2-5 und 7 genannten Personen von 5000 auf 20.000 M. festgesetzt. Den Krankenkassen ist hierdurch die Aufgabe erwachsen, die Arbeitgeber zur Wiederanmeldung der betreffenden Angestellten aufzufordern, wie auch im übrigen die Arbeitgeber die Anmeldungen nach den neuen Lohnverhältnissen vorzunehmen haben. Bezüglich der 20.000 M.-Grenze wurde in der Versammlung auf den nachhaltigen starken Widerspruch hingewiesen, der insbesondere in einer tiefgehenden Bestimmung der Arbeiterschaft und der neuen Zwangsversicherung zu erkennen war und der auch an den beteiligten Behörden nicht unbemerkt vorübergehen konnte. Wie es scheint, wird die freigelegte Bestimmung nicht allzu lange bestehen bleiben können, da man in Abgeordnetenkreisen der Meinung ist, daß auch den Krankenkassen und den Versicherten ein solcher Dienst mit der Änderung geleistet wurde. Eine 12.000-M.-Grenze wäre hinreichend gewesen.

Die ganzen Neuerungen werden für die Versicherten entsprechende Vorteile bringen, aber auch neue Lasten für Arbeitgeber und Arbeitnehmer darstellen. Die Krankenkassen benötigen wesentlich mehr finanzielle Mittel als bisher, weil sämtliche Kosten der Krankenfürsorge gestiegen sind, und zum Teil, wie z. B. bei den Karlsruher Krankenhauskosten, mehr als das Doppelte der Friedenssätze erfordern.

Die Konferenz beschäftigte sich noch eingehend mit praktischen Verwaltungsfragen und konnte nach anregendem Verlaufe gegen 6 Uhr geschlossen werden. Es wurde noch das dringende Verlangen gestellt, außer den alljährlichen Landesversammlungen in gewissen Zwischenräumen derartige Landeskonferenzen abzuhalten, wozu Wünsche von nun an entgegenzunehmen sind.

Kleine Nachrichten.

Frankfurt, 20. April. Ein Schuhmann wurde von den Franzosen zu 3 Monaten Gefängnis und 500 M. Geldstrafe verurteilt, weil er nicht gegen das Publikum eingeschritten ist, daß abfällige Bemerkungen über die Belgier gemacht hatte.

Berlin. Nach dem Berliner Lokalanzeiger hat die Sozialistische Regierung das Reich wegen Verfassungsbrechung verurteilt. Sie will auf gerichtlichem Wege nachweisen, daß Götsch allein im ganzen Reich die Verfassung hob.

Berlin. Die militärischen und zivilen Behörden in Merseburg haben bei der preussischen Regierung beantragt, daß die Verlegung des dortigen Russen-Gefangenenlager bald in die Wege geleitet werde, weil die Russen bei den Kämpfen im März sich besonders hervorgetan hätten und sich auch sonst zu einer Landplage auswüchsen.

Berlin. Wie aus Dresden gemeldet wird, hat Götz bei seiner Verhaftung einen Depoßiten zu vernichten gesucht, der auf 245.000 M. lautet. Ferner habe Götz für eine halbe Million Willkür in einem Kleiderladen eingeträufelt.

Berlin, 20. April. Wie die „Berl. Zeitung“ meldet, wurde der Kommandeur des bad. Gendarmeregiments, Kuenzler, von der Reichsregierung zum Präsidenten des neu zu ernennenden Reichsstrafsenats in Berlin ernannt.

Aus der Stadt.

Schulentslassungsfeier der Arbeiter-Jugend.

Zu den schönsten Veranstaltungen der Arbeiter-Jugend gehört alljährlich ihre Schulentslassungsfeier. Neben den Jugendlichen finden sich immer in großer Zahl die Angehörigen, die Eltern und die Freunde der Arbeiter-Jugend ein; es ist jeweils ein wirkliches Arbeiter-Familienfest, dessen Darbietungen immer einen künstlerischen Charakter tragen. Die Arbeiter-Jugend zeigt hier, wie sie Arbeiter-Feste gefeiert wissen will, ihre großen öffentlichen Veranstaltungen spiegeln den inneren Betrieb bei den kleinen Vereinsveranstaltungen wider und sie führen ihr immer neue Freunde, Anhänger und Mitglieder zu.

Abre diesjährige Schulentslassungsfeier veranstaltete die Arbeiter-Jugend am nächsten Sonntag nachmittag 1/2 Uhr im Saale des Gemeindehauses der Weststadt in der Mühlertstraße. Das Programm wird wiederum schöne künstlerische Genüsse bringen. Als Solisten werden Fräulein Ruth Horita, eine junge Künstlerin vom Badischen Landestheater, die Lieder zur Laute singen wird, und der junge Geiger Karl Huber, ein Schüler des Münchener Konservatoriums, mitwirken. Den geistlichen Teil bestreitet der Arbeiter-Gesangverein „Edelweiß-Darland“, einer unserer besten Vorort-Arbeitergesangvereine, der eine Anzahl schöner Chöre aus seinem reichen Niederhänge bringen wird. Auch die Freie Turnerschaft Karlsruhe stellt sich wieder in den Dienst der Arbeiter-Jugend, eine Abteilung wird Freiübungen bringen und im Stellen von Pyramiden das Turnen von der künstlerischen Seite zeigen. Die Festansprache hält unser Genosse Hauptlehrer R. G. Haebler, Liedelsheim. Und schließlich werden noch eine Anzahl Mitglieder der Arbeiter-Jugend im Vortrag von ersten und heiteren Gedichten ihre Kunst zeigen. Es ist also Vieles und Gutes, was die Arbeiter-Jugend wieder zu ihrem Feste bringen wird. Sie ladet die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen, die Eltern und Freunde, die Partei- und Gewerkschaftsgenossen zur Teilnahme an der Feier ein und hofft, wie bei der Winterfeier wiederum einen gefüllten Saal begrüßen zu dürfen. Der Eintritt beträgt für Erwachsene 1 M., für Jugendliche 50 Pf. Programme sind im Vorverkauf zu haben in der Expedition des „Volksfreund“.

Errichtung eines Facharbeitsnachweises für das Metallgewerbe.

Ein längst gehegter Wunsch der hiesigen Metallarbeiter wird seiner Verwirklichung entgegengehen. Wie aus einer stadtlichen Vorlage an den Bürgerausschuss hervorgeht, soll in der nächsten Bürgerausschussung die Errichtung eines Facharbeitsnachweises für das Metallgewerbe zur Beratung gelangen. Der Vermittlungsbeamte wird nach der Vorlage auf Vorschlag der hiesigen Industrie des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes vom Saarat ernannt. Zur Überwachung und Beratung des Facharbeitsnachweises ist ein Sonderausschuss zu bilden und zwar bestehend aus: 3 Mitgliedern des Vorstandes der Arbeitervereine (Metallindustrie 3, Handwerker 2), 5 Mitgliedern der Arbeitnehmer (Deutscher Metallarbeiterverband 3, Christl. Metallarbeiterverband 1, Christl. Gewerkschaft 1). Der Ausschuss führt der jeweilige Vorsitzende des städtischen Arbeitsamtes. Die Errichtung des Facharbeitsnachweises wird einen Kostenaufwand von 12.100 M. voraussichtlich verursachen, dazu entrichten Metallindustriellenverband 2000 M., Deutscher Metallarbeiterverband 450 M., Christl. Metallarbeiterverband 300 M., Christl. Bund 200 M., zusammen 2850 M., während den Rest mit 7150 M. die Stadt trägt und in den Vorschlag des laufenden Rechnungsjahres eingestellt ist.

Gemischtes Mehl für die Bäckermeister.

Man schreibt uns: Der „Volksfreund“ hat in seiner schärferen und durchaus berechtigten Kritik das Verhalten einer Anzahl Bäckermeister u. a. die Frage gestellt, warum man die Forderung der freizugewählten Bäckermeister und des Karlsruher Gewerkschaftsrates, daß die Bäckermeister nur gemischtes Brotmehl erhalten sollen, nicht erfüllt habe.

Es erhebt sich angedeutet, ganz abgesehen selbstverständlich, wie man sich sonst zu dem Verhalten der getadelten Bäckermeister stellt, auf die Schwierigkeit, ja Unmöglichkeit der Ausführung der Forderungen der organisierten Bäckermeister und des Gewerkschaftsrates hinzuweisen. Einmal um deswillen, weil das zum Brotbacken verwendete Mehl ganz unregelmäßig in Karlsruhe eintrifft und zweitens, weil es aus den verschiedenen Gegenden Deutschlands bezogen werden muß.

Die Mischung des Mehles kann nur dann erfolgen, wenn man die zu mischenden Sorten von Mehl gleichzeitig zur Verfügung hat. Das ist aber bei dem ständigen Mehlmangel greifbarerweise nicht der Fall. Der Bäckermeister erhält z. B. am 1. ds. Mts. das ihm zuerteilte Weizenmehl, am 6. oder 10. des gleichen Monats das Roggenmehl. Wie soll unter solchen Umständen die Mischung des Mehles kontrolliert werden?

Der zweite Grund, warum eine sogenannte Mehlkontrolle nicht leicht durchzuführen ist, mag daran liegen, daß das in Baden benötigte Mehl einmal aus diesem, das andere Mal aus jenem Teile Deutschlands bezogen werden muß und ebenfalls sehr unregelmäßig eintrifft.

Ferner wären zum Mischen des Mehles besondere Maschinen nötig und ebenso eine Anzahl Arbeiter für das Ausleeren, Mischen und Wiedereinfüllen des fertigen Mehles. Endlich entfällt durch das Mischen und das Mischen ein erheblicher Gewichtsverlust, der z. B. für den Kommunalverband Karlsruhe nach vollzogener Berechnung rund 24 Doppelzentner pro Monat betragen würde. Dafür würde aber die Reichsgetreidekasse dem betr. Kommunalverband, welcher die Mischung anordnet, keinen Ersatz leisten.

Diese Gründe mögen wohl dazu geführt haben, daß man dem „Volksfreund“ in Erinnerung gebrachten Verlangen nicht Rechnung trug. Wie man künftig den Mischenden bei der Brotbäckerei steuern will, darüber wird noch zu reden sein. Nötig sind solche Maßnahmen zweifellos.

Sozialdem. Partei. — Bezirk Oststadt. Heute abend 8 Uhr ist Parteiverammlung im „Jägerinnen“ im Interesse für unsere Parteiangelegenheiten und nicht durch ganz dringende Gründe abgehalten ist, sollte unbedingt eintreffen. Gen. Parteisekretär Fernis hält einen sehr interessanten Vortrag. — Vor der Versammlung Vorträge.

Sozialdem. Verein. — Bezirk Oststadt. Heute abend 8 1/2 Uhr findet im „Ehffelhof“ Komiteesitzung statt, wozu alle Komiteemitglieder, Straßenobleute, Vertrauensmänner, sämtliche weibliche Mitglieder und alle, welche bei den Wahlen mitarbeiten wollen, um ihr Erscheinen erjucht werden.

Verein Arbeiter-Jugend. Da wegen der morgigen öffentlichen Jugendversammlung am morgigen Donnerstag die wöchentliche Zusammenkunft ausfallen muß, werden die Programme zur Schulentslassungsfeier an die Mitglieder heute abend von 7 Uhr ab im Lokal „Zur Gumbertshalle“ ausgegeben. Preis des Programms 50 Pf.

Kein Aprilscherz! Aus Dresden wird der „Frankf. Post“ gemeldet: In der staatlichen Porzellanmanufaktur Meissen werden gegenwärtig auf Veranlassung des Reichsschatzamtbesprechungsamtes fünf- und zweimarkstücke aus Porzellan hergestellt. — Wenn sich also das Porzellangeld bewährt, dann wird aus unserem Geldbeutel, der doch mehr und mehr sich zu einem leeren Papierlager umgeändert hat, in Zukunft ein Porzellanladen werden.

Vortrag über öffentliche Bewirtschaftung der Lebensmittel. Am Freitag, den 23. ds. Mts., abends 8 Uhr, findet im geologischen Hörsaal der Technischen Hochschule Hauptportal, 3. Stock (Hörsaal 48) ein Vortrag des Herrn Regierungsrat Piffner über „Öffentliche Bewirtschaftung der Lebensmittel“ statt. Das Gewerkschaftsblatt erjucht die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten, diesen Vortrag zahlreich zu besuchen.

Eine öffentliche Versammlung der Versicherungsangehörigen findet heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, im Saale des „Friedrichshofes“ statt. Der Verbandsvorstand E. Giebel, Berlin, M. d. R., wird über „Der Zentralverband und die Reichsstarfbewegung“ sprechen. Kein Versicherungsangehöriger darf fehlen!

Badisches Landestheater. In dem am Donnerstag den 22. ds. Mts. stattfindenden fünften Sinfoniekonzert des Landestheaterorchesters wird das Konzert für Orchester und Violoncello von Dvorak durch Herrn Kammermusikanten Paul Trautvetter erstmals zu Gehör gebracht. Den Abend beschließt die seit längerer Zeit nicht mehr aufgeführte zweite Sinfonie von Beethoven.

Fußball. Morgen Donnerstag abend 8 1/2 Uhr spielt auf dem Sportplatz des F.V.G. (Fußball-Verein Grünwinkel) die 1. Mannschaft des F.V. Beierheim gegen diejenige des F.V.G. Der Platz liegt inmitten des Stadtteils Grünwinkel und ist bequem in 10 Minuten von der Haltestelle „Mühlertweg“ oder „Herdstraße“ zu erreichen.

Arbeiter! Angestellte! Beamte! Besucht die Volksbühne

Listen zur Elazzeichnung bei Euren Organisationen

B. Bankbeamtenversammlung. Im „Elefanten“ fand am geigenen Dienstag abend eine gut besuchte Bankbeamtenversammlung statt, die vom Allgemeinen Verband der Deutschen Bankbeamten einberufen war. Herr Kies aus Mannheim sprach in 1/2stündigen Ausführungen über „Die Bankbeamten und ihre Organisation“. Der Redner schilderte zunächst die Entwicklung des Bankgewerbes aus seinen bescheidenen Anfängen bis zur gegenwärtigen Kompensation der mächtigen Bankkapitalien. Im Jahre 1894 wurde der Deutsche Bankbeamtenverein gegründet mit wirtschaftsfriedlichen Tendenzen. Seine Hauptaufgabe verlegte diese erste Arbeitnehmerorganisation des Bankgewerbes auf die Schaffung von Wohlfahrtsanstalten. Diesen wirtschaftsfriedlichen Geist hat der Deutsche Bankbeamtenverein bis heute beibehalten, trotzdem er den Zeitverhältnissen durch die rühmlich bekämpften „Satzungsänderungen“ sich immer und immer wieder anpassen verjuchte. Wie wenig erfolgreich der deutsche Bankbeamtenverein in der Interessenvertretung seiner Mitglieder war, zeigte der Redner durch Vergleiche der Dienstverhältnisse im Bankgewerbe mit denen in anderen Berufsständen. Obwohl gerade die Bankangestellten oft als die Intelligenz der Arbeiterklasse angesehen wird, haben aber tatsächlich die Arbeiter bereits 1847 durch ihr Bekenntnis zum kommunistischen Manifest gezeigt, daß sie die Zeichen der Zeit besser zu deuten verstanden haben. Erst im Jahre 1912 erfolgte die Gründung des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Bankbeamten, der vom Tage seiner Gründung an auf freigeberkschaftlichem Boden steht. Vor der Revolution konnte leider der Deutsche Bankbeamten-Verein mit Erfolg die Bankbeamten vom Beitritt zum Allgemeinen Verband abreden durch sein Geschäft von der angeblichen „sozialdemokratischen radikalsten“ Tendenz deselben. In seiner Rede warf der Referent bezeichnende Schlaglichter auf die derzeitigen unläuterer Nachenschaften des Bankbeamten-Vereins. Er schloß seine Ausführungen mit einer eindringlichen Mahnung an die Bankangestellten, sich gewerkschaftlich zu schulen und die freigeberkschaftliche Idee überall zu verpflanzen. Für seine vorzüglichen Ausführungen erntete der Redner fürnehmlichen Beifall. — Nach einer kurzen Diskussion wurde eine Resolution angenommen, in welcher von der Tarifkommission verlangt wird, daß diese in Anbetracht der dringenden Notlage ihre ganze Kraft einsetze, daß die geforderte Wirtschaftszulage in der vorgeschlagenen Höhe (für Unverheiratete 3500 M., für Verheiratete 4500 M.) vor allem anderen durchgesetzt wird.

Unfall mit Todesfolge. Das 10 Monate alte Kind eines Zeichners fiel gestern vormittag in einem unbewachten Augenblick in der elterlichen Wohnung in der Eisenwiesstraße zwischen zwei Betten und erstickte.

Nahenmutter. Die Ehefrau eines Schreiners in der Jagartenstraße hat in letzter Zeit ihr 5 1/2 Jahre altes Stiefkinderchen derart schwer mißhandelt, daß das Kind am 5. d. Mts. in das städtische Krankenhaus aufgenommen werden mußte, wo es Sonntag früh starb.

Verhaftet wurden: Ein Pianist von hier und eine in der Bessingstraße wohnhafte Frau wegen Schleichhandels mit Salzbaran und ein Chauffeur von hier wegen Diebstahls.

Waluta-Bericht vom 20. April.

Die allgemeine Geschäftslage bewirkte einen leichten Rückgang der ausländischen Devisen. Die Mark wurde zu etwas über 9 Gm. in der Schweiz gehandelt. Auszahlung Holland notierte etwa 22.80 M. per holl. Gulden, Schweiz 10.75 M. per schw. Fr., England 240 M. per Pfund Sterling, Frankreich 3.80 M. per frz. Fr., Newyork 60.50 M. per Dollar.

Wasserstand des Rheins.

Schusterinsel 170, geft. 5; Rehl 208, geft. 16; Rorau 443 geft. 29; Mannheim 328, geft. 19; Bentimeter.

Verbandsanzeigen.

Karlsruhe. (Volkshochschule Karlsruhe) Am Donnerstag, den 22. April abends 8 1/2 Uhr, findet Singstunde und Gesangsprobe mit den übrigen Brudervereinen für den 1. Mai statt. Wir erwarten von den Sangesgenossen vollzähliges Erscheinen.

Karlsruhe. (Freie Turnerschaft, Abt. Weststadt.) Donnerstag, 22. ds. Mts., abends 7 1/2 Uhr, Abstellungsverammlung im „Württembergischer Hof“. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Schreibleitung: Georg Schöpslin, Verantwortlich; für Artikel, politische Uebersicht und letzte Nachrichten Hermann Kadel; für badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Giese; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Volkshochschule Karlsruhe, Adlerstr. 16

Bestellungen auf: Theaterstücke, Liederbücher, Raiffeisenzeitungen, Raiffeisenzettel und -Postkarten für Parteivereine nimmt entgegen Die Volkshochschule, Adlerstr. 16.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Geburten: Gertrud Mathilde, v. Ezechiel Lorenzer, Reichsbankbeamter, Helmut Hermann, v. Herm. Rabatnik, Hilfskassenmeister, Benedikt, v. Bened. Kämmerer, Maurer, Bernhard, v. Jakob Reinhold, Kaufmann, Willi Emil, v. Friedrich Koch, Hilfsarbeiter, Liselotte, v. Hieronimus Kappel, Hilfspolizeibeamter, Friedrich Emil, v. Karl Reichard, Bahnarbeiter, Frieda Marie, v. Aug. Schick, Monteur, Rudolf

Verordnung. (vom 19. März 1920.) Der Verkehr mit Schrott (Alteisen).

Auf Grund der Bundesratsverordnung über wirtschaftliche Demobilisierung vom 7. November 1918 (Reichs-Gesetzblatt Seite 1292) der Verordnung vom 6. Mai 1919, die wirtschaftliche Demobilisierung betreffend (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 309), des § 29 des Verwaltungsgebührengesetzes sowie auf Grund der Bundesratsverordnung über Ausfuhrsperrpflicht vom 12. Juli 1917, 11. April 1918 (Reichs-Gesetzblatt Seite 604/187) wird verordnet, was folgt:

§ 1. Der Fahn- und Schiffsverband von Schrott (Alteisen) aller Art unterliegt der Genehmigung der badischen Außenhandelsstelle. Unter Schrott (Alteisen) fallen insbesondere alle alten und neuen Eisen- und Stahlabfälle, auch nicht mehr zum ursprünglichen Gebrauch bestimmte Maschinen, Maschinenteile und dergleichen, ferner Gußbruch und Späne.

§ 2. Der Antrag auf Verkaufsgenehmigung ist vom Verkäufer schriftlich auf Vorbruden an die badische Außenhandelsstelle in Karlsruhe, SteinstraÙe 51 (Fernsprecher Nr. 5074) zu richten. In dem Antrag sind anzugeben:

- 1. der Verkäufer und die Verkaufsstation,
2. der Empfänger und die Empfangsstation,
3. das Gewicht in Tonnen,
4. die genaue Bezeichnung des zu verkaufenden Materials,
5. der Verkaufspreis für die Tonne.
Die erforderlichen Vorbrude sind bei der badischen Außenhandelsstelle erhältlich.

§ 3. Jeder Verbraucher von Schrott hat der badischen Außenhandelsstelle unverzüglich nach Abschluß eines Kaufs von Mengen über fünf Tonnen zu melden:
1. den Verkäufer,
2. die gelieferte Menge in Tonnen,
3. die genaue Bezeichnung des gekauften Materials,
4. den Kaufpreis der Ware.

§ 4. Die Eisenbahnverwaltung wird die erforderlichen Wagen nur auf Vorlage des Frachtbriefes, der mit dem Verkaufsgenehmigungsbemerkel der badischen Außenhandelsstelle versehen ist, gestellen und abfertigen. Zur Abänderung der Bestimmungsstation ist eine neue Genehmigung der badischen Außenhandelsstelle erforderlich.

§ 5. Von dieser Verordnung werden alle natürlichen und juristischen Personen, gewerblichen Unternehmer, öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Verbände betroffen.

§ 6. Die in § 5 aufgeführten Personen und Betriebe haben bis spätestens 8. jeden Monats - erstmals bis 8. April 1920 - eine Bestandsmeldung über die am letzten jeden Monats - Stichtag - in ihrem Besitze befindlichen und in § 1 Absatz 2 aufgeführten Materialien der badischen Außenhandelsstelle einzureichen, soweit die Gesamtmenge 5 Tonnen übersteigt. Aus den Bestandsmeldungen muß ersichtlich sein:

- 1. Bestände am Stichtag, getrennt nach den einzelnen Sorten,
2. Lagerort der zu meldenden Bestände.
Die Mengen sind in Tonnen anzugeben. Die Meldungen dürfen Mittelungen anderer Art nicht enthalten.
Die badische Außenhandelsstelle ist befugt, für die Meldepflicht Erleichterungen zu gewähren.

§ 7. Die in § 5 aufgeführten Personen und Betriebe sind verpflichtet, die von dieser Verordnung betroffenen Gegenstände auf Verlangen der badischen Außenhandelsstelle an Verkäuflicher zum Marktpreis und zu den üblichen Bedingungen zu liefern. Kommt eine Einigung über den Preis und die Lieferungsbedingungen nicht zustande, so ist die badische Außenhandelsstelle zur Vermittlung einer Einigung anzurufen.

§ 8. Bei Erteilung der Genehmigung ist außer dem Porto, den Fernsprech- und Telegramm-

Paul, v. Paul Reibel, Richter, Maria Charlotte, v. Paul Rent, Straßen-Schaffner, Karl Friedrich, v. Karl Luchner, Schloffer, Hildegard Sofie, v. Franz Zimmermann, Hilfsbrenner, Elsa Agatha, v. Adolf Wurm, Schriftföher, Luise, v. Wilhelm Steinel, Tapezier, Liselotte, v. Phil. Steeg, Schloffer, Ludwig Georg, v. Ludwig Biegelmeier, Serg. Lotte, v. Friedrich Hill, Bäcker, Elisabeth Kath. Eva, v. Joh. Sieben, Kaufmann, Rosa Franziska, v. Jul. Bracht, Rangierer.

Geburtsanzeigen: Emil Krauß von hier, Kaufmann hier, mit Wilhelmine Angel von hier, Karl Schwarz von hier, Bankbeamter hier, mit Paula Regler von hier, Friedrich Strauß von hier, Straßenbahn-Schaffner hier, mit Anna Adam Witwe von Ballorf, Emil Grimm von Hagelshausen, Heizungsmonieur hier, mit Sophia Keller von Rheingönheim, Wilhelm Wolf von hier, Kanzleijuliant hier, mit Elsa Oberföll von hier, Benedikt Zeis von Großweier, Friseur hier, mit Hilba Bruder von Achern.

Todesfälle: Hildegard, alt 6 Monate 15 Tage, v. Wilh. Doll, Tapezier, Wilhelmine Hofmann, ohne Beruf, alt 17 J., Marika Knapp, alt 58 Jahre, Ehefrau von Thomas Knapp, Landwirt, Hannah Streifguth, Geschäftsbüchlerin, ledig, alt 52 Jahre, Franziska Lamprecht, alt 68 Jahre, Ehefrau von Johann Lamprecht, Schlossermeister, Aug. Niel, Chem., Schneidermstr., alt 64 Jahre; Walter, alt 9 Monate 22 Tage, Vater Julius Frey, Maschinenrieger, Friederike Weizbacher, alt 88 J., Witwe von Hil. Weizbacher, Jollfontn, Verthold Schraft, Chem., Bahndiener, alt 68 Jahre, Mag. Bode, led., Bankbeamter, alt 28 J., Julius Linde, Chem., Büroassistent, alt 40 Jahre, Emma Janon, alt 81 Jahre, Witwe von Joh. Janon, Oberfeuerkommissär, Olga Freisrau v. Freisheit, alt 78 Jahre, Witwe von Leopold v. Freisheit, Oberpostmarschall, Charlotte Zimmermann, ledig, Magd. Schreibern, alt 32 Jahre, Heinrich Bauer, Schmied, alt

gebühren der Betrag von 50 Pfennig für die Tonne als Ersatz für die durch das Genehmigungsverfahren entstehenden baren Auslagen zu zahlen.

§ 9. Zuwiderhandlungen gegen die §§ 1-3, 7 dieser Verordnung sind auf Grund des § 6 der Bundesratsverordnung vom 7. November 1918 über wirtschaftliche Demobilisierung, Zuwiderhandlungen gegen § 6 nach Maßgabe der Bundesratsverordnung über Ausfuhrsperrpflicht vom 12. Juli 1917/11. April 1918 strafbar. Die badische Außenhandelsstelle wird ermächtigt, die in der letztgenannten Bundesratsverordnung bezeichneten Rechte zum Zwecke der Durchführung dieser Verordnung auszuüben. Diese Verordnung tritt am 24. März 1920 in Kraft. Karlsruhe, den 19. März 1920. Ministerium des Innern. Der Ministerialdirektor: J. A. Höhnle, Beam.

Vorstehende Verordnung bringen wir zur öffentlichen Kenntnis. Bad. Bezirksamt. - Polizeidirektion.

Verordnung. (vom 19. März 1920.) Der Verkehr mit Wein.

Unsere Verordnung vom 2. Oktober 1918, den Verkehr mit Wein betreffend (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 383), in der Fassung der Bekanntmachungen vom 30. Oktober 1918 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 365) und vom 4. Oktober 1919 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 492) wird mit sofortiger Wirkung aufgehoben.

Karlsruhe, den 19. März 1920. Ministerium des Innern. Kemmle, Vierling.

Bekanntmachung (vom 19. März 1920.) Den Verkehr mit Wein betr.

Unsere Bekanntmachungen vom 2. Oktober 1918 (Staatsanzeiger Nr. 231 vom 3. Oktober 1918), vom 17. Oktober 1919 (Staatsanzeiger Nr. 244 vom 18. Oktober 1919) und vom 24. Dezember 1919 (Staatsanzeiger Nr. 1 vom 2. Januar 1920) treten mit sofortiger Wirkung außer Kraft. D.S. 143. Badisches Ministerium des Innern. Kemmle, Vierling.

Vorstehendes bringen wir hiermit zur öffentlichen Kenntnis. 1018 Karlsruhe, den 9. April 1920. Bezirksamt - Polizeidirektion.

Maul- und Klauenfische betr. Zu der Gemeinde Anielingen Amt Karlsruhe ist die Maul- und Klauenfische ertöschten. Karlsruhe, den 18. April 1920. 1012 Bezirksamt II. D.S. 142

Erhebung von Müllgebühren betr. Wir bringen nachstehend die vom Bürgerausschuß in seiner Sitzung vom 30. März ds. Jrs. aufgrund des § 75 der Städteordnung genehmigte Müllgebühren-Ordnung für die Stadt Karlsruhe mit dem Anfügen zur öffentlichen Kenntnis, daß die erforderliche Staatsgenehmigung unterm 10. April ds. Jrs. erteilt worden ist.

Müllgebühren-Ordnung, gültig für den gesamten Stadtbezirk mit Ausnahme der Stadtteile Rühlheim, Ruppurt, Grünwinkel und Daxlanden.

§ 1. Für die Benutzung der städtischen Müllabfuhr ist eine Gebühr zu entrichten.

§ 2. Die Gebühr beträgt jährlich 3 Prozent des jährlichen Nutzungswertes der Wohnungen, Werkstätten, Wirtschaften, Läden, Geschäftszimmer, Lager und sonstigen Räume, in welchen Müll anfallen kann. Bei Wohnungen mit einem Nutzungswert von nicht mehr als 300 M beträgt diese Gebühr 1 Prozent.

§ 3. Die Gebühr wird geschuldet, sobald nach den bestehenden ortspolizeilichen Vorschriften die Pflicht zur Abfuhr der Hausabfälle beginnt. Beginn der Verpflichtung zur Abfuhr des Mülls vor dem 15. eines Kalendermonats, so ist die Gebühr vom Ersten des betreffenden Monats, andernfalls vom Ersten des folgenden Monats ab zu entrichten.

§ 4. Die Gebührenpflicht erlischt mit dem Ablauf des Kalendermonats, in dem die Verpflichtung zur Abfuhr endet.

§ 5. Stehen abfuhrpflichtige Räume während eines vollen Kalendermonats leer, so ruht auf Antrag die Verpflichtung zur Zahlung der Gebühr. Der Antrag hat nur Wirkung für volle Kalendermonate und nicht für eine vor Stellung des Antrags liegende Zeit.

§ 6. Die Gebühr ist in zweimonatlichen Teilbeträgen im voraus zu entrichten.

Zur Entrichtung der Gebühr ist der Vorstand der Haushaltung, des Betriebs oder der Anstalt verpflichtet. Im Falle des Besitzwechsels ist außer dem neuen auch der bisherige Besitzer bis zum Ablauf des Monats, in dem der Besitzwechsel angezeigt worden ist, für die Gebühr haftbar.

Neben dem Haushaltungsvorstand usw. haftet für die Gebühr der Eigentümer des Hauses samstverbindlich.

§ 8. Soweit die Abfuhr gewerblicher Abfälle durch die Stadtgemeinde aufgrund besonderer Vereinbarung erfolgt, ist die Vergütung durch den Stadtrat privatrechtlich zu regeln. Dasselbe gilt für die Sondervergütung, die in den Fällen zur Erhebung kommt, in denen gemäß § 2 letzter Absatz der ortspolizeilichen Vorschriften über die Müllabfuhr mit Zustimmung des städtischen Tiefbauamts die Abholung der MüllgefäÙe nicht von einem Wäge an der Straße, sondern von einer weiter abliegenden Stelle des Grundstücks zu geschehen hat.

§ 9. Die Erlassung der erforderlichen Ausführungsbestimmungen obliegt dem Stadtrat.

Diese Ordnung tritt am 1. April 1920 in Kraft. 1008 Karlsruhe, den 19. April 1920. Der Stadtrat.

Zu Maxau ist ein ein dem Hauptsteueramt Karlsruhe unterstelltes Pollamt errichtet worden, das seinen Dienst am 17. ds. Mts. aufgenommen hat. Das Pollamt hat die vorläufige Eingangs- und die Ausgangsbehandlung der in der Richtung von StraÙburg ankommenden oder dorthin fahrenden Schiffe vorzunehmen, soweit sie nicht bei der Zollabfertigungsstelle in Karlsruhe-Rheinhafen abgefertigt werden. Die Abfertigungszeiten sind nach dem Vereinbarungsprotokolle festzusetzen. Der Rhein gilt von Kilometer 182 (gegenüber der alten Lautermündung) bis zu Kilometer 193 (nördlich der Maxauer Schiffbrücke) als Zollstraße im Sinne des Vereinszollgesetzes, ebenso der Karlsruher Hafenkanal bis zur Zollabfertigungsstelle im Mittelrhein. 1014 Karlsruhe, den 17. April 1920. Hauptsteueramt.

Gebühren für besondere Leistungen bei der Müllabfuhr betr. Außer der geordneten Abholung von Hausmüll, die durch die Müllgebührenordnung vom 20. März 1920 geregelt ist, übernimmt die Stadtverwaltung (Tiefbauamt) auf schriftlichen Antrag gegen besondere Vergütung nachstehende außerordentliche Leistungen:

- 1. das Entleeren von MüllgefäÙen, die an von der Straße weiter abliegenden Stellen der Grundstücke bereitgestellt werden;
2. das Abholen von Gerberabfällen, soweit diese in vorchriftsmäßigen GefäÙen
a) nächst der Straße,
b) an von der Straße weiter abliegenden Stellen der Grundstücke bereitgestellt werden;
3. das Abholen von Müll aus Gruben oder von Lagerplätzen.
Die hierfür vom Stadtrat festgesetzten jährlichen Maximalbeträge betragen für jedes Grund-

18 Jahre, Gertrud Dehn, alt 63 Jahre, Witwe von Wilh. Dehn, Landwirt, Ernst Heinrich, ledig, Architekt, alt 63 Jahre, Karl alt 10 Monate 17 Tage, v. Erich Reetz, Zeichner, Mosalk, alt 8 Monate 7 Tage, v. Anton Erbel, Bremser, Paulina Ostlinger, alt 67 Jahre, Witwe von Jos. Ostlinger, Pol. Führer.

Wir sind ständig v. Kriegsanleihe, sämtl. Wertpapiere ausländ. Kuponen fremder Geldsorten zu höchsten Tageskursen Ausführung aller Bankgeschäfte prompt und kulant. Gebr. Jung Bankgeschäft, Karlsruhe 26 Markgrafenstr. 26 gegenüber d. Gewerbeschule. - Tel. 366. Geschäftszeit: vormitt. 9-12, nachmitt. 2-5 Uhr.

Geschäftliches.

Die 99. Frankfurter Pferdeloterie, deren Ziehung am 12. Mai stattfindet, ist mit einem neuen äußerst günstigen Spielplan ausgestattet. Das Geninkapital ist von 64 000 M auf 192 000 M erhöht worden und neben Pferden, Auswies und landw. Maschinen, sind diesmal auch komplette Zimmer- und Kücheneinrichtungen, Schreibmaschinen, Fahrräder, ja selbst Kleiderstoffe und Wäsche-Ausstattungen als Gewinne in Aussicht genommen worden. Auch für den Fall, daß einzelne Gewinner ihren zugefallenen Gegenstand veräußern wollen, ist entsprechend Vorkehrung getroffen. Die Lose können, falls am Wäge nicht erhältlich, direkt vom Landwirtschaftlichen Verein in Frankfurt a. Main bezogen werden. 884*

Table with 2 columns: Case, Amount.
Fälle ab 1. April 1920 mit Wirkung vorläufig bis 31. März 1921
im Falle 1 75 M
im Falle 2a 150 M
im Falle 2b 225 M

Diese Beträge sind in vierteljährlichen Teilzahlungen im Voraus an die Stadthauptkasse zu entrichten. Im Falle 3 erfolgt besondere Rechnung nach vollkommener Leistung, wobei die Selbstkosten der Stadt für Gespann und Arbeiter zuzüglich eines Zuschlags für allgemeine Kosten zugrunde gelegt werden. 1009

Karlsruhe, den 19. April 1920. Städt. Tiefbauamt.

Bergebung von Bauarbeiten.

Zum Neubau einer Schladensteinfabrik und SchladenwäÙe im Gaswerk „Dit“ sind die Maurer- und Zementarbeiten 1010 zu vergeben.

Die Unterlagen und Zeichnungen sind während der Geschäftsstunden im Baubüro, Kaiserstraße 11, Zimmer 20, einzusehen; wo auch die Angebotsvorbrude zum Preise von 2.- M erhältlich sind. Ebenda sind auch die Angebote bis zum 8. Mai, vormittags 11 Uhr, einzureichen. Karlsruhe, den 20. April 1920. Städt. Gas-, Wasser- und Elektrizitäts-Amt.

Durlacher Anzeigen.

Ausgabe der Scheine für den Brot- und Mehlbezug, sowie der neuen Lebensmittelausweise.

Die Ausgabe der Scheine zum Brot- und Mehlbezug für die Zeit vom 28. April bis 25. Mai ds. Jrs., sowie der neuen Lebensmittelausweise erfolgt am 23. und 24. April ds. Jrs. in folgender Weise:

Am Freitag, den 23. ds. Mts. vormittags von 9 bis 11 Uhr an die Familien mit den Anfangsbuchstaben A bis F. nachmittags von 3 bis 7 Uhr an die Familien mit den Anfangsbuchstaben G, H und K.

Am Samstag, den 24. ds. Mts. vormittags von 9 bis 11 Uhr an die Familien mit den Anfangsbuchstaben J, L bis mit M und N. nachmittags von 3 bis 7 Uhr an die Familien mit den Anfangsbuchstaben O, P bis mit R.

Jede Familie hat zwecks Empfangnahme neuer Scheine den Lebensmittelausweis mitzubringen. Im Interesse einer ordnungsgemäÙen Abwicklung der Geschäfte ist es unbedingt erforderlich, daß die Familien zu der für den Bez. Buchstaben bestimmten Zeit erscheinen.

Wer die ihm zugehenden Scheine am Ausgabetag nicht abholt, bekommt bei späterer Abgabe eine entsprechende Anzahl Brotmarken abgezogen. Für verloren gegangene oder zu früh verbrauchte Scheine wird kein Ersatz oder Zusatz gewährt.

Durlach, den 21. April 1920. Kommunalverband Durlach-Stadt.

Offenburger Anzeigen.

Bei der heute stattgefundenen Wahl wurde Herr Ratar Josef Keller in Altsheim zum Bürgermeister der Stadt Offenburg gewählt.

Dieses Wahlergebnis machen wir hiermit mit dem Anfügen öffentlich bekannt, daß die Wahlen während acht Tagen zu jedermanns Einsicht auf dem Rathaus, Zimmer Nr. 9, aufliegen und etwaige Einsprachen oder Beschwerden gegen die Wahl binnen acht Tagen von der Bekanntmachung an, bei dem Bürgermeisteramt oder beim Bezirksamt schriftlich oder mündlich zu Protokoll mit sofortiger Bezeichnung der Beweismittel angebracht werden müssen. 1017

Offenburg, den 19. April 1920. Bürgermeisteramt.

Achtung! Achtung!
Bürodiener! Kassenboten!
Einkaffierer! Hausmeister!
 Donnerstag, den 22. April, abends 7/8 Uhr.
 findet in der Restauration zur „Mitten Stunde“,
 alte Zirkel und Adlerstraße eine wichtige
Versammlung
 für die Bürodiener, Kassenboten, Einkaufs-
 kassiers, Hausmeister etc. statt.
 Zu derselben sollen wichtige Berufsfragen und
 unsere derzeitige wirtschaftliche Lage besprochen
 werden.
 Wir möchten bitten, daß diese Einladung münd-
 lich weiterbereitet und für guten Besuch der Ver-
 sammlung Sorge getragen wird.
 3071
Deutscher Transportarbeiter-Verband
 Sektion der Bürodiener etc.
 3. A.: 310 Str.

Welt-Kino
 Telefon 5448 Kaiserstrasse 133
 Unwiderruflich nur 3 Tage!
 Mittwoch-Donnerstag-Freitag
Sein Todfeind
 oder 3085
Der Kampf auf d. Meeresgründe
 Sensationeller Abenteuer- u. Detektiv-
 schlager in 5 Akten.
 Verfasst und
 inszeniert von **Harry Piel**
 In der Hauptrolle:
 Vally Arnheim - Ester Carena - Aruth Wartan.
 Auch dieser von Harry Piel verfasste
 und in Szene gesetzte Filmschlager
 bringt für den Beschauer überaus viel
 Neues und Staunenswertes.
 Aufregende Löwenjagden in den Tropen,
 Verfolgungen eines Diamantenräubers,
 ein gefährliches Ringen in den Raas
 eines Seglers, die Verfolgung durch
 englische Kriegsschiffe, ein erbitterter
 Kampf auf dem Meeresgrunde, ein von
 einer Mine gesprengter Dampfer, die
 gefährliche Situation d. Schiffsbrüchigen
 und anderes mehr, lassen den Beschauer
 das Blut in den Adern erstarren.
 Sowie der ungelungene Lustspielschlager
Die Mausefalle.
 3 Akte. 3 Akte.

Unser alter Name

 verbürgt. Qualität
Cognac - Weinbrand
Schwarzwälder Edelkirsch
Mirabellengeist
Zwetschgenwasser
Obstbranntwein
 Liköre:
 Cherry Brandy
 Karthäuser
 Himbeerlikör
 Curacao
 Malaga
 Schaumweine
 (verschiedene Marken) 2201
Großbrennerei und Likör-Fabrik
Heibaerka
Heinrich Baer & Söhne
 Karlsruhe - Telefon Nr. 90

Von heute ab ist das
Friedrichsbad
 Kaiserstraße 136
 vormittags wieder geöffnet.
 Badezeit für Damen- und Herzbäder: 3054
 von 9-1 und 1/2-1/8 Uhr;
 in der Schwimmhalle für Herren von 9-10,
 11-1 und 4-1/2 Uhr;
 für Damen von 10-11 und 1/2-4 Uhr.

Daniels Konfektionshaus
 Wilhelmstr. 84, 1 Troppa, Teleph. 1846
Blaue Jackenkleider 195 an
 mit Seidenfutter. Mark
 Etwas an- **Ia. Voileblusen** zu billigen
 getriebte Preisen.

Baubund-Möbel
 kaufen Sie preiswert
 und formschön gegen Barzahlung oder
 erleichtert. Zahlungsbedingungen
 bei der gemeinnützigen Hausratgesellschaft
Badischer Baubund G. m. b. H.
 Karlsruhe
 Karl-Friedrichstr. 22 (Eckhaus Rondellplatz)
 Täglich geöffnet von vormittags 8-12,
 nachmittags von 2-6 Uhr.
 Fernsprecher 5157.

Leiterwagen - Kastenwagen
 Ersatzräder, empfiehlt 2035
Speck, Sommerstr. 30a.

Herren-Hüte
 in Filz, Stroh und Panama
 werden tadellos
 gewaschen u.
 modernisiert.
K. Hort
 Herrenstr. 15.

Futter-Stoffe!
 Sämtliche Futterstoffe und Nähmaterialien sowie
 Stofflager für Herren- und Damenschneiderei
 empfiehlt
Peter Wees
 Spezialgeschäft für Schneidwaren.
 Herrenstraße 42.
 Empfehle: Elektrische Schneider-Nähmaschinen.

Tomaten-Seglinge
 beste Sorten, zweimal bereitet in Papptöpfe,
 ferner verschiedene Sorten 3050
Gemüse-Seglinge
 werden, soweit Vorrat reicht, abgegeben.
Riempp'sche Gemüsegärtnerei
 30 Hinkelmeierstraße 30.

Zu kaufen gesucht.
 Alte Dampfmaschinen, Moto-
 mobile, Gas- und Benzin-
 Motore, Werkzeugmaschinen
 jeder Art, wenn auch reparaturbedürftig, zu hohen
 Preisen zu kaufen gesucht. 9279
H. David
 Karl-Wilhelmstr. 38. Telefon Nr. 2067.

Feuerversicherungsbüro
 in Mannheim
 sucht zum möglichst baldigen Antritt
 tüchtige, besonders im Entwerfen von
 größeren Versch.-Schemen
bewanderte Beamte
 gegen gute Entlohnung.
 Offerten unter Nr. 3067 an das
 Volksfreundbüro.


 Ein Blick genügt,
 man sieht im Nu,
 mit Erdal ist geputzt
 der Schuh.
Schuhputz
Erdal
 schwarz / gelb / braun / rotbraun
 Alleinhersteller: Werner & Merz, Mainz

Auch reparaturbedürftige
Schuhe
 werden ohne neue Lederbesetzung wasserdicht mit
Gummi-sohlen
 belegt.
 Durch Anschaffung neuer Spezialmaschinen
 können Reparaturen auf Gummi-sohlen in kürzester
 Frist ausgeführt werden.
 Herrenbesohlung komplett mit Absatz Mk. 28.-
 Damen " " " " Mk. 25.-
 Kinder " " " " Mk. 20.-
 Haltbarer wie Leder.
Schuhbesohlung-Anstalt Henninger
 (mit Kraftbetrieb)
Kaiser-Allee 145
 Haltestelle Pfilzstr. 2912

Mädchen oder Frau
 gesucht für täglich einige hundert
 Wästel und Zigarren zu machen.
Kriegstraße 258 part. I

DRUCKSACHEN
ALLER ART
 für Behörden, Handel u. Ge-
 werbe sowie privaten Bedarf
 liefert in geschmackvoller u.
 preiswerter Ausführung in
 :: Schwarz- und Buntdruck ::
Buchdruckerei „Volksfreund“
 Karlsruhe Geck & Cie. Luisenstr. 24

Das Schwimmbad
 im städt. Bierordbad ist ab
 Montag, den 19. April wieder
täglich geöffnet.
 Die Badezeiten sind wie früher:
 für Frauen und Mädchen: Vormittags 10-11
 und nachmittags von 2 1/2-4 1/2 Uhr (Samstag
 nachmittags nicht) sowie Freitag abend 6-7
 Uhr zu ermäßigtem Preis.
 für Männer und Knaben: Vormittags 9-10 Uhr
 und von 11-1 Uhr, nachmitt. 4 1/2-7 1/2 Uhr.
 Freitag abends nur bis 6 Uhr, außerdem an
 den Samstagen auch über die Mittagszeit.
 Rittplatz, und Samstag abends zu ermäßigtem
 Preis. 970

Billard S. Guggenheim
 An- u. Verkaufsgeschäft
 mit Zubehör verkauft Marktgrasstr. 25
 billigst 2048 Telefon 4971.

Schuh-Reparatur!
 Schuhe werden umgehend mit Gummi-
 platten mittels patentierter Spezial-
 maschinen besohlt. Es wird nur
 Gummi von hervorragender Qualität
 verwendet, daher folgende Vorteile:
ebenso haltbar wie Leder
 wasserdicht, leichter Gang.
Kein Ersatz.
 Durchschnittspreis für Herrenschuhe 30.-
 mit Absatz 301
 Durchschnittspreis für Damenschuhe 27.-
 mit Absatz 302
 Ausführung bei 3050
Mailer, Georg-Friedrichstr. 12.

Union-Theater
 Moderne Hauptstr. 57
 Lichtspiel- bühne. Tel. 180.
Durlach.
 Ab heute Mittwoch!
 Der grosse Filmroman
De profundis
 (Aus der Tiefe.)
 Vier Akte.
 Nach einem Roman von
 Dr. Willi Wolff und G. Jacoby.
 In der Hauptrolle:
Ellen Richter.
Der möblierte
Herr.
 Lustspiel. 3 Akte. 3066
 Erstklassige musikalische
 Illustration!

Kaufe!
 zu höchsten Preisen
 Kleider, Uniformen,
 Wäsche, Schuhe und
 Betten. Inzahlung erd. an
S. Hagedorn
 Effektivstr. 32. 2700

Altpapier
 kauft jedes Quantum
 Karlsruher
 Holzproduktfabrik
 Schützenstr. 86. 2001

Raucherdank!
 ges. gesch. ermögl.
 in einigen Tagen das
 Rauchen ganz od. teil-
 weise zu unterlassen.
 Amtlich begutachtet.
 Wirkung verpläufigend.
 Vollständig unschädlich.
 Tägl. Anerkennungen.
 Auskunft umsonst.
Versandhaus Urant
 München R. 39.
 Waltherstr. 38. 9679

Flüchtlingsfürsorge-
Geld-Lotterie
 Ziehung 20. April 1920
 2876 Gesamt- u. Haupttreffer
40000
20000
15000
 Mark bar ohne Abz.
 Lose 1.10 Mk. Porto u. Liste
 60 Pf. empfiehlt
 Lotterieunternehmen.
J. Stürmer
 Mannheim 07, 11
 fr. Strassburg i. E.
 u. alle Losverkäufer

Ernst Kratz
 Kaiserstr. 139a
 Waldstr. Ecke
Solinger
Stahlwaren

Friedrichs-
Bad
 136 Kafferstr. 136
 kostet ein Wannen-
 bad für Männer
 und Frauen ::
Mk. 3.-
 im Abonnem. 2.50

Weine

Rappoltsweller, Reichenweierer etc.
rote und weiße
offerieren heute, infolge Zollnachlass, solange
Vorrat billigst

Franz Fischer & Cie.

Wein - Grosshandlung — Wein - Import
Fernsprecher Nr. 163. 3038

Kragen

-Wäscherei
Schorpp

Liefert schnellstens
**Stärke-
Wäsche**

Annahmestellen:
Karlsruhe:
Ludwig-
Wilhelmstr. 5.
Kaiserstr. 34 u. 243
Gerwigstrasse 46
Amalienstrasse 15
Waldstrasse 64
Wilhelmstrasse 82
Augustastrasse 13
Schillerstrasse 18
Kaiserallee 37
Gabelbergerstr. 1
Rheinstrasse 18.
Durlach: 3017
Hauptstrasse 18.

Achtung! **Achtung!**
Berufungs-Angebot!
Mittwoch, den 21. ds. Mts., abends 7/8 Uhr,
im großen Saale des „Friedrichshofes“
öffentliche
Versammlung.
Thema:
„Der Zentralverband und die Reichs-
tarifbewegung.“
Referent: Verbandsvorsitzender E. Siebel-Derlin,
Mitglied der Nationalversammlung.
Wichtig! Jeder Berufungsangestellter, ob organi-
siert oder unorganisiert, ist es zu dieser Versamm-
lung zu erscheinen, damit Gelegenheit gegeben ist,
über alle fruchtigen Punkte volle Aufklärung zu erhalten.
— Keiner darf fehlen. — 3028

Zentral-Verband der Angestellten
Fachgruppe Versicherungsangestellte.

Theosophische Gesellschaft
Karlsruhe
(S. T. S. Sitz Leipzig).

Am Mittwoch, den 21. April 1920,
abends 7/8 Uhr, im „Erbsingenshof“
Mitterstr. 7, gegenüber dem Oberrichter-
gebäude 3068

Oeffentl. Vortrag

„Wie wird der Mensch seines
Lebens Meister?“
Redner: E. Säuer-Beipzig.
Karten zu Mk. 1.10 an der Abendkasse.

Badisches Landestheater.
Mittwoch, den 21. April 1920. 1018

Tristan und Isolde

In drei Aufzügen von Richard Wagner,
Isolde: Berta Morena vom Nationaltheater
in München als Gast.
Anfang 6 Uhr. (M. 14.40) Ende geg. 10 Uhr.

Abendkurse

Montag, den 26. April 1920
beginnen wir mit folgenden Abend-
kursen:
1. Stenographie: Anfängerkurs.
2. Buchführung: (einfache, dop-
pelte, amerikanische).
3. Kaufmännisches Rechnen.
4. Korrespondenz.
5. Wechsel- und Scheckkunde.
Ausführliche Auskunft und Prospekt
bereitwilligst durch die
Privat-Handelsschule Merkur
Karlsruhe, Karlstr. 13, neb. d. Moninger

Neuer Anzug
für jungen Mann billig
zu verkaufen. 3039
Schäfer, Erbsingensstr. 22, 3.

Raucherdank!
ges. gesch. ermögl.
in einigen Tagen das
Rauchen ganz od. teil-
weise zu unterlassen.
Amtlich begutachtet.
Wirkung verblüffend.
Vollständig unschäd-
lich. Täglich Anerk.
Ausktf. ums. Institut
Englbrecht München
R. 99, Kapuzinerstr. 9. 633.

Sachen-Uhren
sowie auch reparatur-
bedürftig, werden stets an-
gekauft in
„Reintraub“ 3204
Wine- und Verkaufsgeschäft
52 Kronenstrasse 52

Phorosan-Heilanstalt
für Haut- und
Geschlechts-Kranke
Karlsruhe, Kaiserstrasse 91, 3. St.
Aerztliche Leitung: Dr. med. v. Asten.
Schmerzlose Behandlung der Gonorrhoe
nach dem neuen Phorosan-Verfahren.
Heilung ohne Berufsstörung
in kürzester Zeit möglich.
Prospekte u. Broschüren zur Verfügung.
Sprechstunden: 1/11—1/16 Uhr.
Sonntags von 10—1 Uhr.
Getrennte Wartezimmer! 3026

Wurf-Verteilung.

In der laufenden Woche werden ausgeben:
50 Gr. Wurf gegen 1/2 Fleischmarken.
Am Montag, Dienstag und Mittwoch der
kommenden Woche haben die Regierungen für die
vergangenen 14 Tage rückzurechnen. 1007
Karlsruhe, den 20. April 1920.
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Ich zahle
für alte zerfallene
und unbrauchbare
Strümpfe und Socken
12 Mk. per Stilo, zerfallene
wollene Socken 8 Mk.
F. Knopf, Birken 12.

Stadt. Badenanstalt
(Vierordtbad)
Karlsruhe

Medizin. Bäder.
Fichtennadel-Salz
(Rappenaauer oder
Stassfurter).
Mutterlauge und
Schwefel- (Thio-
pino)-Bäder. 31
Badzeit f. Herren
u. Damen: Vorm.
von 9—1 Uhr und
nachm. v. 2 1/2—7 1/2
Uhr; Samstags bis
8 1/2 Uhr.
An Sonn- und Feler-
tagen geschlossen.

Die Kriegsabgabe für 1919

kann von unsern Mitgliedern unter den
dafür bestehenden Bedingungen in un-
serer selbstgezeichneten Kriegsleihe
zum Nennwert entrichtet werden. Aus-
kunft gibt unsere Effektenabteilung.
Vorlegung des Steuerbescheides ist
: : : : erwünscht : : : : :

Vereinsbank Karlsruhe
e. G. m. b. H. 3056

Am Bahnhofplatz
Karlsruhe **Zum Ketterer** Am Bahnhofplatz
Karlsruhe
Ausschank der Brauerei Ketterer, Pforzheim :: Eröffnung Donnerstag, den 22. April

Alle von nah und fern seid gastfreundlich willkommen in den
prächtigen Räumen der neu eröffneten Schankstätte! Der Erbauer hat
es nicht fehlen lassen, gleich seinen Pforzheimer Ausschänken hier ein
Lokal zu schaffen, das Gästen jeden Standes eine behagliche, gemüthliche
Einkehr bietet. Mit der charakteristischen Innenarchitektur eines Brauerei-
ausschankes vereint sich harmonisch der in echt volkstümlicher Kunst aus-
gestattete Beleuchtungs-, Pfeiler- und Wandschmuck. Das, was wir in diesen
ersten, schweren Zeiten brauchen: eine gediegene, von echt deutschem Geist durch-
drungene Stätte der Erholung und Erfrischung, dürfte hier wohl in einzig dastehender
Art zu finden sein. Auch die technische Einrichtung des Wirtschaftsbetriebes
ist bis ins Kleinste eine Musteranlage, die Interessenten bereitwilligst zugänglich
gemacht wird. Die Wirtsleute haben sich durch ihre jahrelange Tätigkeit in
„Ketterers Braustübli“ Pforzheim allseits Beliebtheit und Anerkennung
erworben und hoffen mit Zuversicht, auch in diesem neuen Unter-
nehmen durch Darbietung von gutzubereiteten, preiswerten Speisen,
gute gepflegten Weinen und Ausschank des bekannt vorzüglichen
„Ketterer-Biers“ das Vertrauen der verehrlichen Gäste zu erwerben.

Der Besitzer: Es empfehlen sich bestens
Wilhelm Ketterer * August Kurz. Der Wirt:

Palast-Theater
Moderne Lichtspielbühne
Herrenstr. 11 Telephone 2502

Nur 3 Tage.
Der neue Spielplan!

I.
**Frau Ediths
Geheimnis.**
Detektiv-Drama in vier Akten.
Hauptdarsteller:
**Heinrich Peer
Magda Almo.**

II. 3062
**Nur ein Zahn-
stocher.**
Neuestes Abenteuer des berühmten
Detektivs Rat Anheim.
Vier Akte.
Anfang 4 Uhr.
Letzte Vorstellung 9—11 Uhr.

**Residenz-
Lichtspiele**

Nur 3 Tage! Spielplan vom 21.-23. April! Nur 3 Tage!

Waldstraße 30	Kaiserstraße 5	Schillerstr. 22
I. Fräulein Mutter Schauspiel in fünf Akten von Kitty Aschenbach. In den Hauptrollen: Bruno Decarli Käthe Haack Lya Boré.	Aus Liebe gesundigt Drama in fünf Akten von Dr. Alfred Schirokaner. In der Hauptrolle: Erich Kaiser - Titz Anny Reiter.	Verlorene Existenzen Detektiv - Drama in vier Akten mit Carmen Cartellieri in der Hauptrolle. Rolfs Ferienreise Ein lustiges Aben- teuer des Detektiv- gehilfen Rolfs in zwei Akten. Koloman XXVII Fürst von Alkallen. Lustspiel in drei Akten. 3061 Hauptrolle: Lung.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt einige tüchtige
bittig zu verkaufen.
Rintheim, Erbsingstr. 30
2. Stod. 3061

**Werkzeugmacher
und
Werkzeugdreher**
für dauernde Beschäftigung.
Progess-Werk Oberkirch u. G., Post Reichen.
Stadelhofen
Kugartenstr. 47.

Ein Paar getrag. Kab.
Ertiefel Nr. 42 und ein
Kinderbettschiff billig ab-
zugeben bei
Friedrich Seib,
Kugartenstr. 47.

Gut erhaltener 3034
Kinderwagen
zu verkaufen bei Hüb-
Luisenstr. 24, Hof rechts I.

SPORTPLATZ
Fussball - Verein Grünwinkel.
(Sportplatz inmitten des Stadtteils
10 Minuten von Haltestelle „Kühler
Krug“ oder Hardtstrasse).

Donnerstag, 22. d. M., 1/26 Uhr

Beiertheim I.

3063

F.V.G. I.

(Bezirksmeister Klasse A 1919/20).

**Zwei große
Spiegelschränke**
mit Wäscheabteilung,
zusammenpassend, bei
H. Guggenheim,
Wine- u. Verkaufsgeschäft
Karlsgartenstr. 23
Telefon 4971. 3046

Küchenmöbel
billig zu verkaufen.
2. Graf, Mühlwur-
straße 24 u. 3061

Ein neuer
Herrenanzug
zu verkaufen, Brustweite 100,
Wäuerle, Werderstr. 28.
3. Stod. 3061

1 schwarzer Filzhut,
1 Strohhut, Größe 54
billig zu verkaufen.
Rintheim, Erbsingstr. 30
2. Stod. 3061

Gut erhaltener 3034
Kinderwagen
zu verkaufen bei Hüb-
Luisenstr. 24, Hof rechts I.

Kaufmann. Kaufmann.
Verkauf von
Alt- u. Möbel
Neu-
Beschäftigung ohne Kauf-
zwang erwünscht.
Karl Rauch,
Dreherstr. 3. Dreherstr. 3.

Neue Preise für
Ausgefärbte
Frauenhaare
Anfolge großen Bedarfs
zahlte stets die höchsten Kon-
kurrenzlosen Preise.
Oskar Decker
Baarhdlg., Kaiserstr. 32.

„Nissin“
gegen 1492
Kopfläuse
Nichts anderes nehmen!
Zu haben in allen Apo-
theken und Drogerien.